

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern
 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit illustrierter Beilage: Die Neue
 Welt 10 Pf. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Litauen
 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragene
 in die Post-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die nebengelegte Kolonne,
 je 10 Zeilen 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 fällig 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellengeld
 und Schlafstellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.,
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Anzeigenschluss 30.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gemeinwohlige Anzeigen
 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen um
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Beifügt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Sonnabend, den 25. August 1917. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Zur Geschichte des Regierungswechsels. Gröners und Batockis Abschied.

**Wechselnde Artillerietätigkeit in Flandern
 Die Engländer an der StraÙe Ypern—
 Menin zurückgedrängt — 21 englische
 Tanks zertrümmert — Vergebliche kanadische
 Angriffe bei Lens — Höhe 304 geräumt
 Fortdauer der Isonzo-Schlacht — Alle
 italienischen Angriffe abgeschlagen —
 Große Verluste der Italiener**

Amlich. Großes Hauptquartier, den 24. August
 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern kante die heftige Artillerietätigkeit im Kampf-
 abschnitt zwischen Langemarck und Hollebelle nur vorübergehend
 ab; stellenweise erreichte sie wieder die Stärke von Trommel-
 feuer, ohne daß bisher größere Angriffe folgten. Nur bei West-
 hoel führten die Engländer einen Teilverstoß, der erfolglos blieb.
 Heute am frühen Morgen entriß sich dem Feind südlich der
 StraÙe Ypern—Menin den von ihm hier in den letzten Kämpfen
 errungenen Gewinn. Der verlorene Graben wurde zurückerobert
 und behauptet.

Bei den ergebnislosen Angriffen am 22. August verloren die
 Engländer 21 Panzerkraftwagen, die zertrümmert vor unserer
 Front liegen. Ein Teil der am Leben gebliebenen Besatzung
 wurde gefangen genommen.

Kanadische Truppen versuchten erneut in Lens und unsere
 anschließenden Stellungen einzudringen. In hartnäckigen Kämp-
 fen hielten wir resolu die bisherigen Linien. Auch an der
 Bahn Arras—Douai scheiterte ein feindlicher Angriff.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Beiderseits der Maas steigerte sich der Artilleriekampf im
 Wald von Avocourt, auf Höhe 304, bei Beaumont und im Hoes-
 Wald zu einigen Tagesstunden wieder zu beträchtlicher Stärke.
 Gegen Höhe 304, die wir in der Nacht vom 21./22. August
 planmäßig unter Zurücklassung einer schwachen Besatzung geräumt
 hatten, führten die Franzosen heute einen starken Angriff, sie
 wurden von unserer Artilleriefire empfangen.

Nördlich von Louvemont kamen bereitgestellte feindliche
 Sturmtruppen in unserem Vernichtungsfire nicht an ihren
 Gräben heraus.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

In der Küste wurde die Aa an einigen Stellen von unseren
 Truppen erreicht. Am Drydwiaty-See, bei Brody, am Sereth
 und Ibrucz lebte die Geschützstätigkeit zeitweise auf.
 Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau

Westlich von Corbul am Sereth brachte uns ein erfolgreiches
 Stoßtruppunternehmen Gefangene und Beute ein.

Mazedonische Front.

Bei anhaltender Hitze nur stellenweise geringes Feuer.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 24. August 1917, abends.
 In Flandern verliefen bei St. Julien und südlich der
 StraÙe Ypern—Menin örtliche Kämpfe für uns erfolgreich.
 Westlich der Maas wurden die über Höhe 304 hinaus
 ausgreifenden Franzosen unter schweren Verlusten abge-
 schlagen.
 Vom Osten nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 24. August 1917. (W. L. S.) Amlich wird
 verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau.

Keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Bei Soveja und nördlich der Susita griff der Feind aber-
 mals vergeblich an. In den letzten Kämpfen an der Susita und
 bei Olan haben sich unsere Krieger bei Führern und Truppen
 durch erfolgreiche Arbeit gegen einen an Zahl überlegenen Feind
 die größte Anerkennung erworben.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich des Dnjepr führten die Russen mit verstärkter Er-
 kundungsbereitungen vor. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erste Isonzo-Schlacht dauert an. Nach einem verhältnis-
 mäßig ruhigen Vormittag entbrannten bald nach Mittag neuer-
 lings heftige Kämpfe. Auf der Hochfläche von Bainizza-Neilge-
 geist richteten die Italiener, ununterbrochen Verstärkungen heran-
 ziehend, wieder schwere Angriffe gegen unsere Linien südlich von
 Brb. Sie vermochten nirgends Erfolge zu erringen. Unsere
 tapferen Truppen, unter ihnen die seit Tagen im schwersten
 Kampfe stehenden Braven der 106. Landsturm-Division und des
 Infanterie-Regiments 41, behaupteten sich in allen Gräben. Mit
 besonderer Wucht griff die italienische dritte Armee abermals
 zwischen der Wipbach und dem Neere an. Nach mehrstündigem
 Artilleriefire ging um 4 Uhr nachmittags die feindliche In-
 fanterie zu einheitlichem Waffentum über. Während die feind-
 lichen Kolonnen am Nordflügel stellenweise schon durch unsere
 Batterien niedergeschmettert wurden, kam es anderwärts, nament-
 lich zwischen Cokanjepica und der Küste, fast überall zu stunden-
 lang währendem Nahkampf. Dank ihrer über jedes Lob ergehenden
 Tapferkeit und Ausdauer schlugen unsere Karfverteidiger alle an
 Kraftausbeute vielfach überlegenen Angriffe des Gegners siegreich
 zurück. In unvergleichlicher Einigkeit haben Söhne aller Gauen
 beider Staaten der Monarchie und Vordniens Anteil an den
 stolzen Erfolgen. Waren es gestern die Infanterie-Regimenter
 11, 47, 51, 62 und 63, die besonderen Ruhm ernteten, so
 werden morgen andere mit gleichem Opfermut an ihre Stelle
 treten. Das Vorfeld unserer Karflinien ist mit ungezählten
 italienischen Leichen bedeckt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Die Kohlenfrage.

Im Hauptanschuß des Reichstags ist gestern eine Frage
 zur Sprache gekommen, die im Augenblick die gesamte Be-
 völkerung besonders dringend beschäftigt. Die Verordnung,
 die der Reichskommissar für Gas und Elektrizität am 26. Juli
 erlassen hat, hat wie eine Bombe gewirkt und die Öffentlich-
 keit auf die Sorgen des kommenden vierten Kriegs-
 winters hingelenkt. Wir bedürfen im Winter des Wärm-
 schutzes durch entsprechende Kleidung und der Wärmezufuhr
 durch Nahrung und Heizung. Alle drei Mittel, uns gegen
 die eindringende Winterkälte zur Wehr zu setzen, sind durch
 den Krieg auf ein äußerstes Mindestmaß herabgedrängt und
 selbst in diesem bedroht.

Während es nun zu warmer Winterkleidung und Wärme-
 schaffender, d. h. fettreicher Nahrung, an den nötigen Roh-
 stoffen fehlt, sind jene Stoffe, die wir zur Beheizung brauchen,
 im Lande in Ueberfluß vorhanden. Es gibt im
 deutschen Boden Kohlenvorkommen genug, um für Jahrhunderte die
 Speisung der Industrie und den nötigen Hausbrand für die
 einzelnen Wohnungen sicherzustellen. Die Kohlenfrage ist
 somit nur eine Arbeiter- und Transportfrage.

Die Schwierigkeiten, die sich ihrer Lösung entgegenstellen,
 dürften darum nicht unüberwindlich sein. Wohl hat der Krieg
 einen großen Teil der Bergleute an die Front gerufen, trod-
 dem ist es gelungen, den Tiefstand der Produktion wieder zu
 überwinden und an Braunkohle sogar mehr zu fördern als in
 Friedenszeiten. Mit Recht hat der Staatssekretär Dr. Bismarck
 auf die Gefahren hingewiesen, von der die Produktion
 durch Streikbewegungen bedroht werde, aber mit nicht
 geringerer Recht ist ihm von sozialdemokratischer Seite ent-
 gegengehalten worden, daß die angemessene Bezahlung und
 Behandlung der Arbeiter das beste Mittel sei, Streiks zu ver-
 meiden. Unter den heutigen Umständen spielt dabei aber
 natürlich auch die Ernährungsfrage eine sehr große
 Rolle. Die Bergarbeiter gehören mit zu den ersten, denen
 die notwendigen Mittel zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft un-
 bedingt sichergestellt werden müssen. Denn auch bei größter
 Arbeitswilligkeit der Bergleute ist in Erwägung zu ziehen,
 daß die Größe ihrer Leistung von dem Stand ihrer Körper-
 kraft, also ihrer Ernährung, abhängt.

Zu den Urjochen des Kohlenmangels gehört auch die
 notwendige Ausfuhr nach den Ländern der Ver-
 bündeten und Neutralen. Sie erfolgt im Austausch gegen
 andere wichtige Güter, auf die das Reich nicht verzichten
 kann.

Von den Regierungsvertretern sind in der Debatte, wie
 es ihres Amtes ist, beruhigende Worte gesprochen worden. Am
 wichtigsten ist die Erklärung des Direktors des Reichsamts
 des Innern, Müller, daß die jetzige Gasverord-
 nung für Groß-Berlin nur ein Notbehelf sei
 und daß in kürzester Zeit neue Bestimmungen erlassen werden
 sollen. Man wird annehmen dürfen, daß diese neuen Be-
 stimmungen vernünftiger sein werden als die alten,
 leider immer noch bestehenden, deren Unsinngigkeit die gesamte
 Frauenwelt Berlins begriffenweise in die größte Auf-
 regung versetzt hat. Wenn aber solche vernünftigeren Be-
 stimmungen beabsichtigt sind, so wird man die Frage nicht
 unterdrücken können, warum sie nicht sofort erlassen wor-
 den sind und warum man es vorgezogen hat, zunächst einmal
 die Bevölkerung durch unmögliche und unausführbare Be-
 stimmungen ins Vordhorn zu jagen.

Für den Hausbrand sollen die nötigen Kohlen mög-
 lichst voll geliefert werden. Ob damit der Hausbrand der
 Ofenheizungen oder auch die Zentralheizung gemeint ist, geht
 aus den Erklärungen des Regierungsvertreters nicht hervor.
 Man wird sich nicht zu allzu hohem Optimismus versteigen
 und das letztere nicht annehmen dürfen. Aber auf jeden Fall
 muß doch für zweierlei gesorgt werden: erstens einmal dafür,
 daß die Arbeiter in den Arbeitsräumen nicht zu frieren
 brauchen und dann daß eine ausreichende Durchwärmung
 kleinerer Wohnungen oder kleinerer Teile von großen Woh-
 nungen ermöglicht wird. Verzicht auf jeden Luxus ist hier
 die erste Voraussetzung.

Nicht minder wichtig ist, daß den ärmeren Volksschichten,
 die durch die Preissteigerung aller anderen Lebensbedürfnisse
 schwer getroffen sind, jede Belastung durch zu teuren Kohlen-
 einkauf erspart bleibt. Nun ist bekanntlich die Kohle durch
 die vom Reichstag beschlossene Kohlensteuer verteuert
 worden, dem Gesetz wurde aber die Bestimmung hinzugefügt,
 daß ein zehnprozentiger Abschlag für die ärmeren Volk-
 schichten eintreten könne, wo die städtischen Verwaltungen die
 Verteilung der Kohle übernehmen. Der Deutsche Städtetag
 hat beschlossen, von dieser erleichternden Bestimmung keinen
 Gebrauch zu machen, da sie angeblich undurchführbar sei.
 Hamburg aber hat diese „undurchführbare“ Bestimmung mit

Der Fall Gröner.

Mit dem Fall Gröner, der in der gestrigen Sitzung des Haupt-
 ausschusses zur Sprache gekommen ist, beschäftigt sich auch die
 neueste Nummer des „Correspondenzblattes“ der Gene-
 ralkommission der Gewerkschaften. Auch dort wird erklärt, Gröner
 sei dem Sach der Unternehmerrückreise zum Opfer gefallen,
 der ihn seit Verabschiedung der Hilfsdienstgesetzes ver-
 folgt hätte.

„Daß das Hilfsdienstgesetz den Unternehmern ein Dorn im
 Auge ist“, führt das „Correspondenzblatt“ weiter aus, „ist von ihnen
 laut und oft genug betont worden, ebenso ist es bekannt genug,
 daß sie in der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes eine schwere
 Gefahr für die deutsche Industrie erblickten. Jeder Streik, jedes
 unbedachte Wort eines Versammlungsredners, jedes Flugblatt
 mußte dazu herhalten, um diese angebliche Gefahr ins Unge-
 meßene zu vergrößern. Da Generalleutnant Gröner auf solche
 Kohläusfertigkeiten nicht hereinfiel, sondern sich sein Urteil aus
 eigener Anschauung zu bilden suchte, sah es in ihm einen Feind
 der Industrie und setzte ihn auf den Index.“

Seit den Zeiten Verlebens haben alle Staatssekretäre
 des Innern und preussischen Handelsminister, die nicht nach der
 Weise der Unternehmer langten wollten, ihren Kopf zu füttern so-

kommen. General Gröner hat als Leiter des Kriegsamts ein Amt
 vertreten, das an sozialpolitischer Bedeutung jener des Staats-
 sekretariats des Innern und des Handelsministeriums in der
 Friedenszeit gleichkommt. Er ist nach derselben Methode gegangen
 worden, nach der andere vor ihm gegangen worden sind.

Batockis plötzlicher Abschied.

Die plötzliche Verabschiedung des früheren Leiters des
 Kriegsernährungsamts Herrn v. Batocki hat allgemeines
 Aufsehen erregt. Wie wir erfahren, hat Herr v. Batocki die
 Vereinigung des Kriegsernährungsamts mit dem preußi-
 schen Staatskommissariat für Ernährungswesen,
 wie sie jetzt in der Form des Reichsernährungsamts tatsächlich
 vollzogen ist, angestrebt. Das Ziel war aber nicht zu erreichen,
 weil sich unüberwindliche Schwierigkeiten dagegen geltend
 machten, dem bei den Agrariern nicht eben be-
 liebten Herrn v. Batocki auch noch das preussische
 Staatskommissariat mit zu übertragen. Herr v. Batocki
 brachte also der Sache seine Person zum Opfer. Er ging, und
 die von ihm angestrebte und durchaus zweckmäßige Verein-
 gung der Ämter vollzog sich nun unter der Leitung — des
 Herrn v. Waldow.

Silber der dortigen Konsumvereine durchgeführt, und Mannheim ist seinem Beispiel gefolgt. Was in Hamburg und in Mannheim möglich ist, kann in anderen Gemeinden, vor allem in Groß-Berlin, nicht unmöglich sein.

Indes ist, wie schon gesagt, die Preisfrage für die Bevölkerung in diesem Augenblick weniger wichtig als die Frage, ob sie in diesem Winter überhaupt genug Kohle und Gas zur Beheizung und Beleuchtung ihrer Wohnräume, zur Bereitung der Speisen und zur unentbehrlichen Pflege der Keimlichkeit erhalten wird. Schließung der öffentlichen Bäder, Anstalten, Unmöglichkeit der Warmwasserbereitung daheim, ungeheizte Räume und kaltes Wasser — das eröffnet keine besonders angenehmen Aussichten. Auch diese Frage darf in ihrer Bedeutung um so weniger unterschätzt werden, als der Kampf gegen Seuchen während eines Krieges und bei unzureichender Ernährung immer sehr schwierig ist. Das beste Mittel zur Verhütung von Ansteckung ist aber Keimlichkeit, die Lieferung der dazu nötigen Mittel gehört mit zu den Fragen, die für die Entscheidung des Krieges von Bedeutung sein können.

Das alles wird man sich an den leitenden verantwortlichen Stellen sagen müssen, und man wird sich sagen müssen, daß mit beruhigenden Erklärungen wenig getan ist. Solche Erklärungen erwartet man besonders von der Presse, wobei man gänzlich übersehen, daß das Verschweigen drückender Sorgen durch die Presse den Stimungsdruck keineswegs erleichtert, sondern ihn vielmehr noch erhöht. Das erste Zeichen dafür, daß es mit den Versprechungen ernst ist, werden wir erst darin erblicken dürfen, daß zunächst einmal der unverständige Gasstreik wider Groß-Berlin scharf und nicht aufgehoben wird.

Und noch eine Bemerkung allgemeiner Natur scheint uns am Platze. Wann immer die Ernährungsfragen der Bevölkerung in der Öffentlichkeit zur Sprache kamen, bezieht sich eine gewisse Presse zu bemerken, daß diese Sorgen und Schwierigkeiten durch den Friedensschluß noch nicht behoben sein würden. Das trifft für die Ernährungsfrage bis zu einem gewissen Umfange zu, es trifft aber nicht zu auf die Kohlenfrage. Diese ist veranlaßt durch die massenhafte Abziehung von Arbeitskräften aus dem bergbaulichen Betrieb und durch den rasend gesteigerten Verbrauch der Kriegsindustrie. In dem Augenblick, in dem der letzte Konventionsschritt an den Fronten verhallt, wird ein völliger Wechsel des Bildes eintreten. Von Kohlenmangel wird nicht mehr die Rede sein können, sondern viel eher von Kohlenüberfluß. Hier wird also die Erleichterung nicht erst allmählich, sondern sofort eintreten.

Dies sei eine ganz beiläufige Bemerkung an die Adresse jener, die noch immer so tun, als wäre der Frieden aus irgendwelchen Ursachen ein weniger erstrebenswertes Gut.

Stockholm.

Ein neuer Lloyd-George-Schwindel gegen Stockholm?

Eine Niesenmehrheit der englischen Arbeiter für Konferenzbeteiligung.

Stockholm, 24. August. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Socialdemokraten“ meldet aus sicherer Quelle: Die nur 3000 Stimmen betragende Mehrheit des englischen Arbeiterkongresses bezog sich nur auf die vorgeschlagene Verteilung der Mandate für Stockholm an die einzelnen englischen sozialistischen Parteien, während die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz mit 2 024 000 gegen nur 175 000 Stimmen, also mit 12:1, beschlossen wurde. Die Reuter-Depeschen, die über diese Angelegenheit versandt wurden, sind somit glatte Fälschungen des Tatbestandes.

Stockholm, 24. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gemeldete Niesenmehrheit des englischen Arbeiterkongresses sprach sich für die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz aus, jedoch mit geänderter Mandatschlüssel, wonach die Vertretung der Gewerkschaften verstärkt wird, indem die Labour Party fünfzehn Stimmen von den insgesamt zwanzig englischen Delegiertenstimmen erhält, sämtliche politische Organisationen zusammen dagegen nur fünf Stimmen erhalten.

Bern, 22. August. „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg vom 18. August, die erstliche zweifelhafte Stellungnahme der englischen Regierung zu der Stockholmer Konferenz, der unermittelt starke Gegnerschaft folgte, habe in Russland, wo man vornehmlich auf die Konferenz seinen allzu großen Wert gelegt habe, neues Mißtrauen gegen die englische Regierung sowie lebendiges Interesse für die Konferenz erweckt. Der Bericht betont, Kerenski sei niemals gegen die Konferenz gewesen; er sei während, daß ihm Gegnerschaft gegen dieselbe untergeschoben werde. Die russischen Staatsmänner sühnten den falschen diesbezüglichen Eindruck auf den Heberleiter des russischen Geschäftsträgers in London zurück, der in der Absicht, dem falschen Eindruck, als berufe die einstweilige Regierung die Konferenz ein, entgegenzutreten, übertriebene gegenteilige Behauptungen aufgestellt habe. Das dumme Mißverständnis (!) mit dem nachfolgenden logischen Vahnervergerungsbeschluss der englischen Regierung errege in beiden Ländern unliebsame Verstimmung.

Die französischen Zimmerwalder.

Stockholm, 24. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Antwort der französischen Zimmerwalder auf den Fragebogen des holländisch-standinavischen Komitees führt den Kriegsausbruch auf den internationalen Imperialismus zurück und lehnt daher die Erörterung einer besonderen Schuldfrage ab. Sie weist darauf hin, daß die französische Sozialistenpartei es stets abgelehnt habe, für die Zurückgabe Elsass-Lothringens einen Krieg zu führen. Grenzänderungen bedeuteten neue Kriegsgefahr, die Frage des territorialen Besitzwechsels sei nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung lösbar.

Die Antwort führt ferner als ein Beispiel dafür an, daß auch der englische Imperialismus zur Lösung nationaler Fragen unfähig sei. Das Memorandum bekräftigt die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrats und fordert die Rückkehr der Internationale zu der alten unabhängigen proletarischen Politik.

Axelrod in Stockholm eingetroffen.

Stockholm, 24. August. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der russische Delegierte Axelrod ist hier eingetroffen. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hatte die Aufhebung der Vahnervergerung für Axelrod durchgesetzt.

Der Termin abermals unbestimmt.

Stockholm, 23. August. (Meldung des Svenska Telegrammbyran.) Auf Anfragen der an die Internationale an-

geschlossenen Parteien über den Zeitpunkt der Stockholmer Konferenz erklärte der Organisationsauschu, es sei nicht möglich, vor dem Zusammentritt der Sozialistenkonferenz der Alliierten in London am 28. und 29. August hierüber einen festen Entschluß zu fassen.

Italien gibt Pässe — aber nur zur Alliiertenkonferenz.

Bern, 24. August. „Fronte Interna“ meldet, Orlando habe den offiziellen Sozialisten mitgeteilt, daß ihnen Pässe für die Internationale Sozialistenkonferenz in London ausgestellt werden würden. Modigliano, Tazzari und Serrati sollen nach London gehen.

Minderheitstagung in Frankreich.

Bern, 24. August. „Progrs de Lyon“ meldet aus Paris: Der Auschu der Minderheit der Sozialdemokratischen Partei beschloß, am 26. August eine Tagung der nationalen Minderheit abzuhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Prüfung der neuen Politik der Partei, die Frage der Vahnervergerung und die ministerielle Beteiligung an dem holländisch-standinavischen Fragebogen.

Vertagung der Wahlen in Rußland.

Petersburg, 23. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In dem Wunsch, die Verfassungsgebende Versammlung so früh wie möglich einzuberufen, hatte die vorläufige Regierung die Wahlen dazu auf den 30. September festgesetzt. Da jedoch der größte Teil der Arbeiten für die Aufstellung der Wählerlisten den Stadtbehörden und Semitwos zufällt, die selbst erst durch allgemeine Wahlen gewählt werden sollen, hat sich die Regierung gemäß dem Ausschub der Wahlen dieser Körperschaften genötigt gesehen, die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung auf den 25. November und ihre Einberufung auf den 11. Dezember zu vertagen.

Der Diktator Kerenski schaffte sich also zunächst zwei Monate Frist. Nach deren Ablauf wird er wohl wieder einen neuen Vorwand finden, um die dem russischen Volke verheißene Selbstbestimmung seiner Geschide abermals hinauszuschieben. Einstweilen läßt er die Moskauer Konferenz wirtschaften, deren Teilnehmer von ihm selbst ausgelesen sind, und tröstet das Volk damit, daß die Tätigkeit dieser Körperschaft nur eine beratende sein soll. Vielleicht gibt die Regierung der Konferenz auch nur deshalb einen rein dekorativen Charakter, damit die Diktator Kerenski in keinem Falle eine Einschankung erfährt.

Kopenhagen, 24. August. Ein Petersburger Telegramm besagt: Die vorläufige Regierung beschloß in ihrer Sitzung vom 20. August, der Konferenz in Moskau keine Vollmacht zur Verichterstattung zu erteilen. Die Konferenz wurde nur einberufen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, den Volksvertretern ihre Ansichten über die vorliegenden politischen Fragen mitzuteilen. Kerenski wird über die Tätigkeit der Regierung im allgemeinen sowie über die militärische Lage, Koffentow über die innere Politik, Prokopowitsch über die wirtschaftliche Lage, Nekrasow über die Finanzlage und die Finanzpolitik der Regierung sprechen.

Knebelung der russischen Presse.

Amsterdam, 24. August. Aus Petersburg wird gemeldet: Die vorläufige Regierung bereitet eine Gesetzvorlage gegen die Presse vor, welche der Sache der Alliierten feindlich gegenüberstehe oder Artikel veröffentlicht, die für die Alliierten bedenklich sind. Die höchste Strafe, welche die verantwortlichen Zeitungsleute treffen kann, beträgt 18 Monate Gefängnis.

Petersburg, 24. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung hat ein Gesetz veröffentlicht, das eine Hochstrafe von drei Jahren Gefängnis festsetzt für jede Selbsttatung des Hauptes oder eines Mitgliedes der Regierung, eines Vorkassiers, Gesandten oder diplomatischen Agenten der verbündeten Länder. Wenn das Verbrechen während des Krieges begangen wurde, ist die Hochstrafe drei Jahre Festungshaft.

Die Agenten der verbündeten Ententemächte scheinen danach eines besonderen Schutzes vor dem russischen Volk dringend zu bedürfen.

Gegen die französischen Annexionsplane.

Bern, 23. August. „Petit Parisien“ meldet: Der Generalkonvent des Departements Haute Biennne nimmt in einer Entschließung Stellung gegen die Forderungen des Komitees für das linke Rheinufer und erklärt, jeder Plan der Angliederung deutscher Gebiete könne nur die Stunde des Friedensschlusses hinauschieben.

Der Generalkonvent von Haute Biennne hat ganz recht; seine Ausführungen treffen in gleicher Weise auf den französischen Annexionsplan zu, der das ganze linke Rheinufer umfaßt, wie auf den andern, der sich nur auf Elsass-Lothringen bezieht.

Bulgarien und die Papstnote.

Nadolawoff über Bulgariens Kriegsziele.

Budapest, 23. August. Nadolawoff gab einem Vertreter des „Eg“ u. a. folgende Erklärungen ab: Was Bulgarien betrifft, so ist die Note des Papstes uns gegenüber in keiner Richtung ungerecht. Der Vorschlag des Papstes wünscht einfach, die Balkanfrage nach Recht und Gerechtigkeit zu lösen. Wir Bulgaren haben unsere längst des ägäischen Ufers wohnenden, in Serres, Drama, Kavalla seit langer Zeit unter dem fremden Joch schmachtenden Brüder befragt. Wir haben die zweite Hälfte unserer Seele, wie haben unsere Brüder in Mazedonien befragt, die wir unter ungeheuren Opfern befreit haben. Jetzt können auch schon die durch die Serben in der Morabagenge unterdrückten Bulgaren frei atmen. Von der Dobruda brauche ich nicht länger zu sprechen. Es ist eine in die Heldensage vassende Tatsache, wie wir diese dem mächtigen Rußland entziffen haben. Wir haben nach innen und außen gefragt. Wer wagt es in Zweifel zu ziehen, wer könnte uns unserer Erfolge berauben? Was den Bund der Mittelmächte betrifft, so bilden die Staaten aller Bundesgenossen gewissermaßen eine gewaltige Einheit. Von Tag zu Tag lernen wir einander mehr kennen und schätzen. Was den Frieden betrifft, so ist es sicher, daß nicht bloß wir, sondern auch unsere Gegner den Frieden wünschen. Wir werden es sehr bedauern, wenn er nicht so bald eintritt, wie wir wünschten, und wir sehen mit ruhiger Zuversicht dem Tage entgegen, wann die Entente einen Vermittler suchen wird, um den Frieden anzubieten. Dieser Tag kann nicht mehr weit sein, denn wir sind über die in den Ententestaaten herrschenden Zustände genau unterrichtet.

Nach einem anderen Bericht tauschte die Aeußerung Nadolawoffs über den Bund der Mittelmächte folgendemachen:

„Die Einigkeit der Verbündeten ist vollständig. In kurzer Zeit wird Mitteleuropa ein einziges riesiges Reich werden, dessen verschiedene Länder aber ihre Freiheit bewahren sollen. Wir schmeißen sozusagen ineinander.“

Es wäre interessant zu erfahren, ob die Deutsche Regierung sich mit diesen Ausführungen Nadolawoffs vollinhaltlich einverstanden erklärt.

Abflauen der Generaloffensive der Entente.

Berlin, 24. August. Die Generaloffensive der Entente floe am 23. August an der holländisch-französischen und russisch-rumänischen Front etwas ab, nur an der italienischen Front tobte die Schlacht mit der Heftigkeit der Vortage.

In Flandern wurde die Kampfintensitat teilweise durch schlechte Sicht und Staubwirbel beeinträchtigt. Das feindliche Feuer steigerte sich erst in den Nachmittags- und Abendstunden zu größerer Heftigkeit und lag zeitweise mit aller Wucht auf dem Abschnitt an der Kuffe und auf unseren Stellungsbogen um Ypern. Der Teilvorsto der von den Engländern nicht nördlich der Strae Ypern—Menin vorgetragen wurde, brach blutig in unserm Feuer nieder. Drei Panzerwagen, die den Angriff unterstützen sollten, wurden in kürzester Zeit außer Gefecht gesetzt. Gegenungen feindlicher Infanterie in der Gegend von Ypern wurden mehrfach mit erkennbarem Erfolge bekämpft. Versuche des Gegners, den Korbweg nördlich Langemark zu überschreiten, wurden durch unser zusammengehotes Feuer erstickt. 7 Uhr abends wurden bei St. Julien erlittene feindliche Verluste durch unsere Feuerwirbel zerschlagen. Durch unsere am Morgen des 24. durchgeführten erfolgreichen Vorstöße südlich der Strae Ypern—Menin wurde das Engländernest im Herenthage-Wald von uns gesäubert. Somit vertreibt den Engländern von den mit schweren Verlusten erlittenen geringen üblichen Erfolgen nichts als das keine Rest südlich von St. Julien. Aus den zerstoenen 21 Panzerwagen konnten im ganzen nur 2 Offiziere und 10 Mann lebend eingebracht werden.

Auch am 23. August wurden die Kanadier wiederum ohne jede Schonung gegen unsere Stellungen im Artois vorgeworfen. 6 Uhr vormittags verbluteten starke Teilangriffe der Kanadier gegen unsere Stellungen von nördlich Lens bis zum Südwestrand der Stadt in unserem Abwehrfeuer. Einzelne Gruppen wurden unter schweren kanadischen Verlusten im Nahkampf zururckgeworfen. Kurz nach 8 Uhr vormittags griffen die Kanadier abermals mit starken Kräften in der Gegend des Souchezboches an. In erbitterten Kämpfen um unsere vorderste Linie wurde der mit großer Tapferkeit kämpfende Gegner auch diesmal blutig abgewiesen. Wir behaupteten unsere Stellungen und brachten aus den schweren Kämpfen 1 Offizier und gegen 100 Mann gefangen ein. Die Kanadier erlitten abermals schwere Verluste. Ein 10 Uhr abends angelegter starker Teilangriff auf Lens—Mercurt wurde in unserem Feuer erstickt, ein weiterer 11 Uhr 20 noch schwerer Feuerwelle erfolgreicher feindlicher Vorstöße nördlich der Scarpe wurde abgewiesen.

Die Stadt Ouentin wurde abermals beschossen. In der Champagne gingen abends nach erheblicher Feuerheftigung mehrere stärkere feindliche Schtruppungen gegen unsere Stellungen nördlich und nordwestlich Souain vor. Teils blieben sie in unserem Abwehrfeuer liegen, teils wurden sie im Gegenstoß geflochten.

Auch am 23. August vermochte der Franzose seine zusammengehoenen Divisionen im Raum von Verdun zu wichtigen Angriffen nicht vorzumachen. Der stärkste Angriff dieses Tages, den die Franzosen gegen den Abschnitt der Höhe 304 richteten, brach in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unter schweren französischen Verlusten zusammen. Auf dem Ostufer der Maas, wo sich das feindliche Feuer von Mittag an immer heftiger steigerte, ließ unser zusammengehotes Vernichtungsgewehr feindliche Angriffe nicht zur Entwicklung kommen. Kurz vor 6 Uhr morgens setzte am 24. August schweres Feuer auf unsere Stellungen im Walde von Wocourt bis in die Gegend „Tozer Mann“ ein.

An der Ostfront wurden verschiedene Vorstöße der Russen und Rumänen abgewiesen.

Französischer Heeresbericht vom 23. August nachmittags: Große Tätigkeit der deutschen Artillerie nördlich der Aisne, besonders im Abschnitt von Braye und Hurtebise. Einige Handfeuerwaffenversuche des Feindes in den Gegenden der Wälde von Laffaux, von Alles und Gernu scheiterten. Auf dem linken Maasufer war unsere Artillerie, die die gegnerische niederhielt, im Laufe der Nacht sehr tätig. Auf dem rechten Ufer gestattete uns eine Teilunternehmung eine dem Feind verbliebene Widerstandsinfel nördlich des Gefotes Normon zu nehmen. Wir machten 17 Gefangene. Die Zahl der Gefangenen seit dem 20. August erreicht gegenwärtig 7649, darunter 188 Offiziere, und 800 Verwundete. Die bis jetzt gezählte Beute an Material umfaßt 24 Geschube aller Kaliber, mehr als 200 Maschinengewehre. Außerdem wurden neun Geschube zerstört. Nichts zu melden von der übrigen Front.

Flugwesen: Im Laufe des 22. beschossen unsere Geschwadrer den Bahnhof von Freiburg (Breisgau) und die Flugwahle von Kolmar und Schlettstadt. In der Gegend von Verdun wurden 1800 Kilogramm Bomben auf Bahnhöfe, Truppenlager und Flugplätze des Feindes abgeworfen. Unsere Flugzeuge griffen außerdem mit Maschinengewehrfeuer Kolonnen auf dem Marsche an.

Englischer Heeresbericht vom 23. August nachmittags: Wir schoben unsere Linien während der Nacht südwestlich Lens etwas vor. An der Ypernfront wurde ein feindlicher Angriff auf einen starken von uns gehaltenen Punkt südlich Langemark durch Maschinengewehrfeuer abgewiesen. Letzte Nacht machte eine feindliche Abteilung einen überraschenden Angriff auf einen unserer vorgeschobenen Posten in der Nähe von Lombartingde. Zwei unserer Leute werden vermisst.

Vom 23. August abends: Der heftige übliche, den ganzen Tag fortgesetzte Kampf um den Besitz des feindlichen Bollwerks unmittelbar südlich von Lens, genannt Green Grassies, dauert noch an. Wir schoben unsere Linie nördlich Langemark etwas vor.

Der Krieg auf den Meeren.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 23. August. Im Kermellkanal und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum

fünf Dampfer und drei englische Fischerfahrzeuge

versenkt, darunter der portugiesische Dampfer Berleaga (3548 T.) mit Kohlenladung für London, ein bewaffneter englischer Dampfer mit Holz, ein italienischer Dampfer von 3000 Tonnen sowie ein unbenannter tief beladener Dampfer aus Geseitzug. Zwei englische bewaffnete Fischerfahrzeuge wurden nach Artilleriegefecht vernichtet; ein 5-Zentimeter-Schnellladegeschub zerstört. Der Chef des Admiralschabes der Marine.

Die Kohlenfrage im Hauptauschuß.

Am Freitag besprach der Hauptauschuß zunächst die Kohlenfrage.

Staatssekretär Dr. Helfferich

gab eine Uebersicht über die Kohlenzeugung. Nach dem Tiefpunkt des letzten Winters hat dank der tatkräftigen Maßnahmen die Förderung der Steinkohle wieder zugenommen, und zwar von 12,0 Millionen Tonnen im Februar auf 14 Millionen Tonnen im Juni. Gegenüber der Juniförderung stand eine Förderung von 12 bzw. 13 Millionen Tonnen in den Vergleichsmonaten der beiden Vorjahre. Trotzdem wolle er, um möglichst höher zu gehen, nicht damit rechnen, daß das Jahr 1917 höhere Zahlen ergeben werden, als das Jahr 1916. Die Förderung der Braunkohle sei bekanntlich im Laufe der Friedensmonate gestiegen. Die Juniförderung betrug 1917 rund 8 Millionen Tonnen gegen 6,9 und 7,2 Millionen Tonnen in 1916 und 1914. Die Aufrechterhaltung der Produktion auf dem jetzigen Stand aber habe zur unbedingten Voraussetzung, daß die Arbeit ungehindert und angespannt weitergehe, daß vor allem

Streiks

wie wir sie leider im Vormonat in Oberschlesien erlebt haben, unterbleiben. Jeder Streik entzieht den Frontsoldaten Munition und der Heimat den nötigen Hausbrand. Wenn an sich die Gestaltung der Förderung als günstig bezeichnet werden könne, so sei andererseits die Ausnutzung der Kohle infolge schlechter Beschaffenheit nicht immer befriedigend, und der Bedarf für die Kriegsindustrie sei gewaltig gestiegen. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, Einschränkungen vorzunehmen, die für jedermann vaterländische Pflicht seien und die sowohl in der Industrie, als auch im sonstigen Verbrauch planmäßig durchgeführt werden müsse. Nach dem aufgestellten Verteilungsplan sei der Bedarf für Eisenbahnen und Wägenbau, für Hausbrand und Landwirtschaft und für die Ausfuhr festzustellen, die vertragmäßig mit den Veräußerten und Neutralen festgelegt worden ist, und unbedingt nötig erscheint. Für die Industrie müsse nach den Gesichtspunkten der Kriegswichtigkeit und der zweckmäßigsten Ausnutzung gesorgt werden. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Rücksichten auf Heimat und Heer durch die Maßnahmen — mögen sie schon durchgeführt oder erst eingeleitet worden sein — in Einklang zu bringen bei gutem Willen von allen Seiten.

Der Reichskommissar für Kohlenversorgung gab hieran anschließend vertrauliche Mitteilungen über die Bedarfsregelung.

Hg. Mayer-Kaufmann (Z.)

stellte fest, daß das Bild, das sich aus den Mitteilungen der Regierungsvertreter ergebe, im allgemeinen wenig tröstlich sei. Nötig wäre es gewesen, daß mehr Arbeiter aus dem Heere zur Arbeit in den Kohlengruben entlassen worden wären. Bei der Ausfuhr von Kohlen möge man berücksichtigen, ob es nicht zweckmäßig sei, von dem Lande, dem man Kohlen zuführe, zu verlangen, daß es die für die Kohlenförderung erforderlichen Arbeiter stelle.

Hg. Doh (Soz.)

Wenn Streiks vermieden werden sollten, müßten auch die Arbeiter dem entsprechend behandelt werden. Ebenso würde die Abwanderung der Arbeiter so gut wie aufhören, wenn wirklich für die notwendige Versorgung und anständige Behandlung der Arbeiter gesorgt würde. Wenn trotz aller Bemühungen, die Förderung zu steigern, die vorhandenen Kohlenmengen doch nicht ausreichen, dann dürfe

der Hausbrand

unter keinen Umständen so eingeschränkt werden, daß darunter die große Masse der Bevölkerung leidet. Bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen müßte das Volk unter allen Umständen in der Lage sein, seine Speisen richtig zuzubereiten und die Zimmer in der gehörigen Weise zu heizen. Die ärmere Bevölkerung könne sich unmöglich noch weiter einschränken. Selbstverständlich müßten in Industrie und Handel überall dort Kohlen gespart werden, wo dies ohne Schädigung der Gesamtheit möglich ist. Hierfür käme namentlich in Betracht, daß der Siebener-Ladenschluß in allen Geschäften, also auch da durchgeführt werde, wo Lebensmittel verkauft werden. Redner geht dann auf die Art und Weise ein, in welcher bis jetzt einzelnen Städten Kohlen zugeführt worden sind. Er weist auf schwere Mängel des Verfahrens hin und verlangt, daß auch für die Verteilung der Kohlen an den einzelnen Orten Ausschüsse gebildet werden, denen auch Vertreter der Konsumenten, besonders der Arbeiter angehören. Die Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs wäre vielfach in unzumutbarer Weise vorgeschrieben worden. Auf allen diesen Gebieten müsse dem wirklichen Bedürfnis weit mehr Rechnung getragen werden.

Hg. Wurm (Unabh. Soz.) schloß sich den Ausführungen des Vorredners an, verlangte die Einschränkung der Kohlerente und wies auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Einschränkung der Kohlenlieferung für die Zentralheizungen vorliegen. Das Baden in eigenen Hausbädern ist an manchen Orten verboten und den Einwohnern empfohlen worden, die städtischen Badeanstalten zu benutzen. Zu gleicher Zeit werde es aber den Städten durch ungenügende Kohlenlieferung unmöglich gemacht, ihren Badeanstaltsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Hg. Riefing (Sp.)

bedürftig, daß eine härtere Förderung von Kohlen nicht gut möglich sei. Unter diesen Umständen müsse wenigstens danach gestrebt werden, alle Störungen in Arbeitsverhältnis zu vermeiden; die Arbeiter dürften in keiner Weise gezwungen werden. Der Vorsitzende des Kriegsausschusses, General Gröner, habe dies verstanden. Um so bedauerlicher sei seine plötzliche Entlassung. Er bitte um Auskunft, ob es wahr sei, was behauptet werde, daß Gröner dem Einfluß der Schwerindustrie gewichen sei. Zusammenlegung in der Industrie sei unbedenklich. Jedoch dürften dabei einzelne Landesstellen nicht besonders geschädigt werden, wie z. B. Süddeutschland. Die Wasserkräfte müßten unter allen Umständen ausgenutzt werden.

Hg. Liss (natl.): Die Steigerung der Kohlenförderung müsse durchgeführt werden. Daneben müsse die Binnenindustrie in weitestem Maße nutzbar gemacht werden. Zweckmäßig erscheine es auch, die Kohlenlieferung an Kinos und Theater einzuschränken oder ganz einzustellen.

Direktor Müller vom Reichsamt des Innern teilte mit, daß die jetzige Gasverordnung für Groß-Berlin nur ein Notbehelf sei; in kürzester Zeit würden neue Bestimmungen erlassen. Die für alle Fälle einen gewissen Mindestbedarf freigegeben. Im übrigen werde der Bedarf eingeschränkt auf Grund des Verbrauchs der Vorjahre und steigend nach oben. Er hoffe, auch durchzusehen, daß die Abrechnung nicht für einen Monat, sondern für längere Zeit erfolge. Die Bestimmungen der Reichsleitung gehen darauf hinaus, die für den Hausbrand und nötigen Kohlen möglichst voll zu liefern. Auch durch die Elektrizitätsverordnung seien Störungen eingetreten. Von Fall zu Fall würde dem Rechnung getragen. Darauf gab Redner in Beantwortung einer Frage ein Bild über die Zuständigkeit der Behörden für die einzelnen Arten der Stilllegung.

Nach einigen Ausführungen der Hg. Gothein (Sp.) und Neffels (L.) teilte der Vertreter des Reichslandwirts, Dr. Helfferich, das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen: Es liege zwar kein Grund zum Optimismus vor, aber auch kein Anlaß, die Sache so schwarz anzusehen, wie es von einzelnen Rednern geschehen ist. Bei Hausbrand und Gaslieferung sind nur sehr geringe Einschränkungen nötig und beschaffen. Wichtig sei neben dem Zwang der Verordnung vor allem die freiwillige Beschränkung, die sich jeder einzelne und jeder Betrieb auferlegen müsse. Jede Ersparnis an Kohlen, sei sie noch so gering, komme unsern Truppen an der Front und der Heimat zugute. Die Zusammenlegung der Betriebe könne nur bei den großen Industrien wie Eisen-, Kali-, usw., von zentraler Stelle aus geschehen; in allen anderen Fällen aber könne sie nur unter der wirksamen Mitarbeit der kommunalen und lokalen Instanzen durchgeführt werden.

Der Fall Gröner.

Kriegsminister v. Stein: In Bezug auf den Wechsel in der Leitung des Kriegsausschusses habe er zu erklären, daß die Richtlinien, nach denen das vaterländische Hilfsdienstgesetz durchgeführt werde, nicht geändert werden sollen.

Hg. Scheidemann (Soz.): Er habe nicht die Absicht gehabt, diese Angelegenheit hier an dieser Stelle vorzubringen, vielmehr wolle er erst darauf eingehen, wenn die Verhandlungen in der Regierung besprochen werden. Nachdem aber die Frage angehängt worden sei, halte er sich für verpflichtet, anzufügen, ob es richtig sei, daß

General Gröner nicht freiwillig aus seinem Amte geschieden,

sondern herausgedrängt worden sei. Ferner frage er an, ob seine Befestigung geschehen sei auf Veranlassung der Schwerindustrie, die mit den Arbeiterschutzbestimmungen im Hilfsdienstgesetz nicht einverstanden sei. Gegen diese Schutzbestimmungen habe die Schwerindustrie von Anfang an Einspruch erhoben und solange das Gesetz besteht, gegen die Durchführung dieser Bestimmungen Widerstand geleistet. Schließlich habe General Gröner eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht, worin er ausführt: Wenn wirklich im Hilfsdienstgesetz die Bestimmungen zugunsten der Arbeiter besetzt hätten, dann müßte aber auch ein Schutz gegen die Unternehmer festgelegt werden, so daß dem Verdienst der Unternehmer eine bestimmte Grenze gezogen werde. Nicht steht, daß der bekannte Vertreter der Schwerindustrie, Geheimrat Düberg, von den Bannischen Harzwerten in Eberfeld acht Tage vor der Entlassung Gröners erklärt habe, General Gröner sei erledigt. Zu jener Zeit hätte eine Zusammenkunft der Schwerindustrie in Düsseldorf stattgefunden, bei der auch das Kriegsministerium vertreten war, und hier soll die Sache abgemacht worden sein.

Dr. Helfferich: Ihm sei von einer Eingabe an den Reichskanzler und von den damit angeblich zusammenhängenden Vorgängen nichts bekannt. Wichtig sei, daß gewisse Kreise der Industrie mit den Arbeiterschutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes nicht zufrieden seien. Aber wenn General Gröner aus diesem Grunde von seiner Stelle befreit worden wäre, dann müßte doch auch er, Dr. Helfferich, nicht mehr an seinem Plaze sein.

Hg. Graberger (Z.): Auch bei den christlichen Arbeitern wurde große Verwirrung hervorgerufen durch die Entlassung Gröners, weil dieser sich in weiten Arbeiterkreisen Vertrauen erworben habe, auch auf die Wünsche der Arbeiter gegen ungebührliche Ansprüche der Unternehmer Rücksicht genommen habe. Die Arbeiter befürchten, daß jetzt, nachdem Gröner befreit sei, das Hilfsdienstgesetz in einer für die Arbeiter ungünstigeren Weise durchgeführt werde.

Hg. Scheidemann (Soz.): General Gröner habe selbstverständlich auch, wie jeder andere Mensch, nicht immer eine glückliche Hand gehabt. Sein Erlaß gegen die Streikenden habe noch immer in trauriger Erinnerung; aber im allgemeinen müsse man sagen, daß Gröner bestrebt war, auch den Arbeitern gerecht zu werden. Er war den Wünschen der Arbeiter und ihrer Vertreter zugänglich und das kann ihm die Schwerindustrie nicht vergessen. Redner bemerkt dann weiter: Da er nicht wußte, daß diese Angelegenheit heute vorkomme, habe er sein Betätigungsmaterial nicht zur Hand. Er müsse aber seine Behauptungen durchaus aufrechterhalten. Dabei komme es nicht darauf an, ob gerade die Eingabe an den Reichskanzler oder etwa an den Kaiser selbst oder an eine andere hohe Stelle gerichtet sei und ob das eine schriftliche Eingabe oder ein mündlicher Vortrag gewesen sei. Wenn die Reichsleitung bei ihrer Erklärung beharrt, daß nicht General Gröner durch die Schwerindustrie aus seiner Stelle gedrängt sei, so hätte er im Angebots, warum denn Gröner weggeschickt wurde. Die Antwort Helfferichs könne wirklich nicht genügen.

Hg. Riefing (Sp.): Auch ihm genüge nicht die Antwort der Reichsleitung. Er müsse betonen, daß allgemein behauptet wird, Gröner sei durch den Einfluß der Schwerindustrie befreit worden.

H. Trampetzinski (Pole): General Gröner sei auch an dem Widerstand der Stellvertreter General Kommandos mandos beteiligt. Er habe für die Behandlung der polnischen Arbeiter gewisse Richtlinien festgelegt, um die für unfrei erklärten Arbeiter gegen ungebührliche Anmachungen der Unternehmer zu schützen und dadurch ihre Lage etwas zu erleichtern. Die polnischen Berufsvereine hätten sich demgemäß dieser Arbeiter annehmen wollen, waren aber im 7. Armeekorps auf den Widerstand des Generalkommandos gestoßen. Infolgedessen berieten sie sich auf die Richtlinien des General Gröner. Das Generalkommando antwortete aber, General Gröner habe ihm gar nichts zu sagen, und in der Tat habe der langwierige Briefwechsel dazu geführt, daß die Grönerischen Schutzbestimmungen nicht durchgeführt werden konnten. Dringend nötig sei es, dieser Sachverhalt ein baldiges Ende zu bereiten.

Der Kriegsminister: Die Schwerindustrie sei an ihm nicht herangetreten. General Gröner soll auch durchaus nicht gerne in seiner Stellung als Vorsitzender des Kriegsausschusses gewesen sein. Ebenso habe er sich nicht über die kommandierenden Generale beschwert.

Hg. Scheidemann (Soz.): Auch dies sei keine Antwort. Viele Herren in der Reichsleitung würden lieber an einer anderen Stelle tätig sein als an der, an der sie sich befinden. (Allgemeine Zustimmung.) Aber darauf könne es gar nicht an. Gröner stand einmal an dem Plaze und er war bestrebt, seiner Pflicht gerecht zu werden, und aus dieser treuen Pflichterfüllung sei er herausgerissen worden. Der Fall Gröner sei von allgemeiner Bedeutung. An der Kriegspolitik sei und der Gegensatz zwischen Zivilverwaltung und Heeresleitung sehr unliebsam entgegengetreten. Jetzt sehen wir denselben Gegensatz auch in der Wirtschaft im Innern. Seinen Fragen wolle er auch die hinzufügen: Wie kommt es, daß Gröner unmittelbar vor seiner Entlassung im Hauptquartier, wo er Vortrag gehalten hatte, nichts über die ihm bevorstehende Maßregelung erfahren hat? Welcher Einfluß hat da im letzten Augenblick eingewirkt?

Stellvertreter der Reichslandwirts Dr. Helfferich: Die persönliche Frage werde er aus. Von sachlicher Bedeutung sei nur das Eine: ob nach dem Wechsel in der Leitung des Kriegsausschusses das Hilfsdienstgesetz anders durchgeführt werden solle als vorher. Diese Frage müsse er nachdrücklich mit Nein beantworten. Das heiße aber nicht, daß das Gesetz in allen seinen Punkten aufrechterhalten werden müsse. Noch während der Tätigkeit Gröners seien einzelne Punkte festgesetzt worden, die geändert werden müssen, und nur diese Änderungen kämen in Betracht. Auch er könne es nicht mitmachen, wenn an dem wesentlichen Inhalt des Hilfsdienstgesetzes gerüttelt werden sollte zum Nachteil der Arbeiter.

Hg. Graf Bekker (L.): Die Behauptungen Scheidemanns und der anderen Herren, daß Gröner durch den Einfluß der Schwerindustrie von seinem Plaze entfernt worden sei, sei nicht bewiesen. Ebenfalls könne behauptet werden, daß Verschlechterungen des Gesetzes beabsichtigt seien. Die Änderungen, die kommen müßten, seien gerade von General Gröner angefordert worden und hätten seine Zustimmung gefunden.

Hg. Gothein (Sp.): Die Art, wie General Gröner von seinem Plaze entfernt worden sei, sei geeignet, Mißtrauen und Unruhe hervorzurufen. Dabei sei es notwendig, Klarheit zu schaffen. Bisher sei das auch durch die Antwort der Regierungsvertreter nicht geschehen.

Damit war die Aussprache über den Fall Gröner erledigt. Zwei Petitionen zur Kohlenfrage wurden der Reichsleitung als Material überreicht. — Die Kreditfrage wurde in einer vertraulichen Besprechung erledigt. Am Sonnabend sollen die Veränderungen der Regierungsämter besprochen werden.

Der Siebener-Ausschuß des Reichstags. „Erste Bedenken“ der Konservativen.

Die konservativ-alledeutsche Presse führt einen heftigen Kampf gegen die Mitarbeit des Reichstages an der Beantwortung der päpstlichen Note, die bekanntlich durch Einziehung eines Siebener-Ausschusses der Fraktionen erfolgen soll. Sie sieht in dieser Mitarbeit mit Recht eine Neuerung von grundsätzlicher Bedeutung, und sie fürchtet, gleichfalls nicht mit Unrecht, daß man dem Reichstag in anderen Fällen nicht werde verwehren können, was man ihm in diesem einen zugehandelt hat.

Ob der Siebener-Ausschuß einen schönen Titel bekommt, wie Reichsrat, Staatsrat und dergleichen, ist natürlich vollkommen gleichgültig. Auf die Sache kommt es an und nicht auf den Namen. Besser als eine löhrende Bezeichnung, hinter der sich nichts oder wenig verbirgt, ist die tatsächliche Mitarbeit des Reichstages an der auswärtigen Politik, jetzt und später in wachsendem Umfange. Ob dann im Siebener-Ausschuß neu zu wählende Vertreter der Fraktionen oder die schon gewählten Fraktionsvorsitzenden sitzen sollen, ist eine Frage von sehr geringer Bedeutung, obwohl sich die „Berliner Neuesten Nachrichten“ in einer langen Zeitungspalte über sie aufregen. Nach dem genannten Blatte soll der Reichskanzler das „verfassungswidrige Verlangen“ nach einer Kontrollierung der äußeren Politik durch den Reichstag „grundsätzlich abgelehnt“ haben. Mit dieser grundsätzlichen Ablehnung ist es aber eine eigene Sache, da der Siebener-Ausschuß tatsächlich zusammentreten wird und seine Mitarbeit an der Beantwortung der päpstlichen Note gesichert ist.

Auch die „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit; sie findet die demokratischen Wünsche auf Mitbestimmung der auswärtigen Politik durch die Volksvertretung „unausführbar“ und hofft, daß sich auch die maßgebenden Stellen „dieser ersten Bedenken“ nicht verschließen würden. Nun ist aber auch ihr die vollkommene Tatsache bereits bekannt und so tröstet sie ihre Leser, indem sie versichert, es handle sich darum, „lediglich für diesen Zweck gewissermaßen einen parlamentarischen Gutachter-Ausschuß zu schaffen“.

Herr Michaelis hat jedenfalls bei den Konservativen eine bessere Presse, als sie Herr v. Bethmann Hollweg hatte. Dieser würde es kaum gewagt haben, einen solchen „parlamentarischen Gutachter-Ausschuß“ einzuberufen aus Furcht, bedroht zu werden von den Konservativen gesteinigt zu werden. Was hätten wir über „Preisgabe höchster Güter“ in der konservativen Presse lesen müssen, wenn Bethmann das getan hätte, was Michaelis jetzt getan hat?!

Das Sprichwort sagt: „Gott allein sieht das Herz“. Das ist ein Irrtum, die konservative Presse sieht es auch. Sie ist von der guten Befinnung des neuen Reichskanzlers so fest überzeugt, daß er sich manches gestatten kann, was einem anderen nicht erlaubt wäre.

Nag et diese Gelegenheit wenigstens auszunutzen!

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen. Es wurden die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit besprochen, wobei sich eine vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage ergab. Für einen Ausschuß, der mit der Regierung die Antwort auf die Note des Papstes fertigstellen die Aufgabe hat, wurden die Vorsitzenden der Fraktion, die Genossen Ebert und Scheidemann, als Stellvertreter David und Wolfenbuhrt gewählt.

Aus dem parlamentarischen Ernährungsberrat ist Genosse Ebert ausgeschieden, an seine Stelle wird Genosse Wels treten.

Die Kanzlerrede und das Ausland.

Bern, 23. August. Wie der römische Korrespondent der „Stampa“ berichtet, ist die Kanzlerrede in Vatikan mit Genugtuung aufgenommen worden. Wie der Korrespondent hinzufügt, hat man in vatikanischen Kreisen begründete Hoffnung, daß auch der eine oder andere Ententestaat die Papstnote in Erwägung ziehen werde.

Auffällig zurückhaltend über die Kanzlerrede äußern sich zwei englische Blätter, deren Stimmen Reuters übermittelt. Die „Liverpool Daily News“ meint, daß Dr. Michaelis Deutschlands Haltung als die der entschlossenen Selbstverteidigung zu charakterisieren suchte. Diese Haltung des Reichskanzlers sei von Bedeutung. Die wiederholte Betonung des defensiven Charakters des Krieges sei ein Beweis dafür, daß die Ansprüche der Anzionisten einer besonnenen Denkungsart Platz machen. Das Blatt berichtet dann weiter, daß keine Absicht Englands bestehe, Deutschland zu Boden zu schmettern. Abgesehen von dem Boykott (!) der Rückgabe Elzas-Lothingens an Frankreich habe niemand verlangt, daß Deutschlands Gebiet in Europa auch nur um einen Zoll breit verkleinert wird. (Über der französisch-russische Geheimvertrag!) Was die deutschen Kolonien betreffe, so sei ihre Zukunft eine offene Frage. Das einzige, worin alle übereinstimmen, sei, daß ihre Verwaltung, wenn immer sie anvertraut werden möge, vor allem auf die Wohlhoheit der sie benutzenden Völker gerichtet sein müsse. Ähnlich berichtet „Daily Express“, daß niemand wünsche, Deutschland zu vernichten.

Wiedereinziehung Kriegsbeschädigter.

Eine Anfrage im Reichstage.

Hg. Davidsohn stellt in einer Anfrage fest: Bei der fortlaufend erfolgenden Wiedereinziehung Kriegsbeschädigter Rentenempfänger zum Heeresdienst in der Heimat ereignen sich schwere Mißgriffe. Kriegsbeschädigte werden durch Wiedereinziehung aus ihrem Heilungsprozeß herausgerissen und dadurch in ihrem Befinden verschlechtert; andere werden in der Erlernung neuer Berufe unterbrochen. Trotz einer Verfügung des Kriegsministers, wonach Empfänger von 50 und mehr Prozent Invalidenrente gegen ihren Willen nicht eingezogen, noch bei der Truppe befohlen werden sollen, findet fortgesetzt Wiedereinziehung solcher Kriegsbeschädigter — zum Teil sogar mit Verstümmelungszugabe — statt.

Der Reichskanzler wird gefragt, was er gegen diese Mißgriffe zu tun gedenkt.

Letzte Nachrichten.

Abflauen der italienischen Offensive.

Wien, 24. August. Aus dem Kriegspressenquartier wird am 24. August abends gemeldet: Bis heute mittag war die Angriffstätigkeit des Feindes verhältnismäßig gering.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulage der Kartonarbeiter.

Die Mitglieder der Kartonnarbeiter des Buchbinderverbandes hatten eine Erhöhung der Teuerungszulage gefordert. Die mit der Unternehmerrorganisation geführten Verhandlungen hatten kein Ergebnis erzielt. Die Verhandlungen wurden deshalb in letzter Zeit erneuert. Diese brachten eine Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Vertretern. Danach werden in der Postkartonbranche die tariflichen Mindestlöhne der Kleber, Leistenmacher und Zuschneider sowie der Hilfsarbeiter um 50 Proz., die Mindestlöhne der Arbeiterinnen um 33 1/2 Proz. erhöht, so daß sich für die verschiedenen Arbeiterkategorien Mindestlöhne von 15 bis 48 M. ergeben. — Für die Bezugbranche sind folgende Teuerungszulagen vereinbart: Affordarbeiterinnen für die Stunde 10 Pf., Zuschneider und Kleber täglich 1 M., Lohnarbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen für die Stunde 7 Pf., rückwirkend vom 1. Juli dieses Jahres ab.

In der Branchenversammlung am Mittwoch legten die Organisationsvertreter diese Vereinbarungen vor und empfahlen deren Annahme, da zurzeit nicht mehr zu erreichen sei, obgleich das Ergebnis den berechtigten Wünschen der Kollegen nicht entspreche. — Die Versammlung genehmigte die Vereinbarungen ab.

In der Branchenversammlung am 9. August und der am 22. August wurden die Vereinbarungen abgelehnt und die Organisationsleitung beauftragt, weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen.

Die getroffenen Vereinbarungen, an denen nichts geändert werden konnte, bringen für den Post-Tarif eine Erhöhung der Affordpreise um 50, 45 und 33 1/2 Proz. Die Minimallöhne werden für Arbeiter um 50 Proz., für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter um 33 1/2 Proz. erhöht.

Für alle diejenigen Arbeiter, die den Minimallohn plus 50 bzw. 33 1/2 Proz. schon erhalten, kommt bei einem Lohn von unter 50,00 M. für Verheiratete 15 Proz., für ledige 10 Proz., bei einem Lohn von über 50,00 M. für verheiratete 10 Proz., für ledige 7 1/2 Proz. Teuerungszulage hinzu.

Lohnarbeiterinnen, die schon höhere Löhne beziehen als den Tariflohn plus 33 1/2 Proz., erhalten 10 Proz. Teuerungszulage. Alle anderen Bestimmungen des Tarifs und der Teuerungszulagenvereinbarung vom 1. 10. 1916 bleiben in Kraft.

Erreicht ist dadurch eine Erhöhung der Affordpreise für Postnietter um 25 Proz., für Leistenmacher von 20 Proz. und für jugendliche und Arbeiterinnen von 8 1/2 Proz.

Die Zeitlöhne sind um den vorstehenden Prozentsatz von 15, 10 bzw. 7 1/2 für männliche und um 10 Proz. für weibliche Beschäftigte erhöht.

Für die Bezugbranche wird ab 1. Juli 1917 eine Kriegsbeihilfe von 10 Pf. für die Stunde an im Afford Beschäftigte und 7 Pf. an Lohnarbeiter, Hilfsarbeiter und Lohnarbeiterinnen gezahlt. Zuschneider und Kleber erhalten für jeden geleisteten Arbeitstag 1 M. täglich. Nicht voll geleistete Arbeitstage werden anteilig berechnet.

Weissenke und Kriegsbeihilfen, welche erst nach der Vereinbarung vom 1. Oktober 1916 freiwillig gewährt worden sind, kommen in Wegfall; jedoch nur soweit, daß diese Vereinbarungen den Arbeiterinnen 7 Pf. für die Stunde mehr gezahlt werden müssen.

Das Ergebnis für die Arbeiterschaft ist, daß die Zuschneider und Kleber 6 M., die Arbeiterinnen mindestens 3,50 M. wöchentlich mehr an Teuerungszulagen erhalten.

Beide Vereinbarungen sind nunmehr abgeschlossen und die Auszahlung erfolgt am 25. August 1917.

Die Arbeiterschaft der Betriebe, in denen die Auszahlung und Nachzahlung nicht im Sinne der Vereinbarungen erfolgen, hat dieses der Druckverwaltung des Buchbinderverbandes, Telefon: Moritzplatz 0072, Engelauer 15 II, Zimmer 39/41, zu melden.

Die Ortsverwaltung.

Lohnzulage im Baugewerbe.

Die im Frühjahr dieses Jahres vereinbarten Lohnsätze im Baugewerbe gelten bis zum 31. August. Für das, was nach dem 31. August maßgebend sein soll, sagt die Vereinbarung: Sofern eine Vertragspartei eine Abänderung der Löhne für die weiteren drei Monate, also bis zum 30. November 1917, wünscht, hat sie vor dem 1. August 1917 der anderen Vertragspartei die Abänderungsanträge einzureichen. Die Verhandlungen müssen bis 8. August ihren Anfang genommen haben.

Befähigt auf diesen Vertragspassus und mit Rücksicht auf die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise haben die Vertreter der am Verträge beteiligten Bauarbeiterorganisationen Anträge auf Lohn-erhöhung eingereicht. Sie forderten eine Zulage von 40 Pf. für Maurer, 45 Pf. für Steinträger, 50 Pf. für Hilfsarbeiter. In der ersten Verhandlung boten die Unternehmervertreter aber nur eine Lohnaufbesserung von 15 Pf., was von den Arbeitern entschieden abgelehnt wurde. Nach wiederholten Verhandlungen kamen die Vertreter der beiderseitigen Organisationen zu folgender Vereinbarung:

Die Stundenlöhne werden erhöht für Maurer und ihnen gleichstehende qualifizierte Arbeiter um 25 Pf., für Steinträger und Hilfsarbeiter um 30 Pf. Diese Vereinbarung gilt nicht nur bis zum 30. November, sondern bis zum Ablauf des Tarifvertrages, 31. März 1918. Die Lohnzulage wird in folgenden Abstufungen gezahlt: Vom 1. September ab an alle Arbeiterkategorien 10 Pf., vom 17. November ab an die Maurer und ihnen gleichgestellte qualifizierte Arbeiter weitere 10 Pf., an die Steinträger und Hilfsarbeiter weitere 15 Pf. und vom 2. Februar 1918 ab an alle Arbeiterkategorien nochmals 5 Pf. für die Stunde.

Hiernach erreicht der jetzt 1,40 M. betragende Stundenlohn der Maurer am 2. Februar 1918 den Betrag von 1,65 M., während der Lohn der Hilfsarbeiter in dem gleichen Zeitraum von 1,23 M. auf 1,53 M. steigt.

Der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes (Zweigverein Berlin) wurde das vorstehende Abkommen unterbreitet und vom Vorsitzenden Hanke zu Annahme empfohlen mit der Begründung, die bewilligten Lohnzulagen entsprächen ja nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiter, sie müßten im Hinblick auf die Teuerungszulagen als ungenügend bezeichnet werden, aber es habe nicht mehr erreicht werden können. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Gesamtlage und der unsicheren Aussichten, die das Baugewerbe in der nächsten Zukunft bietet, empfehle sich die Annahme des Abkommens.

Die Versammlung stimmte der Vereinbarung zu.

Die Rohrleger und Helfer beschloßen in ihrer Branchenversammlung am Donnerstag, zum 1. Oktober, in den Betrieben, in denen das jetzt geltende Lohnabkommen abläuft, eine Erhöhung der Teuerungszulage um 30 Pf. für die Stunde zu fordern, so daß sich der Mindestlohn der Rohrleger auf 1,50 M. stellt.

Parteinachrichten.

Von „Oesterreich“ bestochen!

Die tschechische Sozialdemokratie separatistischer Richtung ist trotz ihrer Zugehörigkeit an nationale Strömungen in beständigem Kampf mit den Nationalisten ihres Landes geraten. In welcher Weise dieser Kampf geführt wird, geht aus dem Umstand hervor, daß einer der Führer der Partei, Genosse Dr. V. Schömerl, verleumdet wird, er sei Polizeispion. Ein hoher Beamter soll gesagt haben, er habe ein Staatszeugnis von Schömerl gesehen, in dem es heiße: „Absolut zuverlässig. Wird von der Staatspolizei bezahlt.“ Im Prager Parteiblatt „Pravo Lidu“ fordert nun Genosse Dr. Soutrup die Verleumder auf, ihr Material anzupacken. Der Exekutivsausschuß der Partei werde dann Gericht halten. Schömerl ist selbst Redakteur des „Pravo Lidu“, Abgeordneter und Vorsitzender der tschechischen sozialdemokratischen Partei. Außerdem ist er Vizepräsident des tschechischen Verbandes.

Die Methoden der Nationalisten sind überall dieselben. Sie verleumden ihre Gegner immer als bezahlte Agenten von irgendwem. Nur der Umstand, daß die tschechischen Nationalisten Schömerl nachlagern, er sei von Oesterreich bezahlt, verleiht diesem Fall einen originellen Reiz.

„Ein hässliches Urteil.“

Ein hässliches Urteil nennt die „Leipziger Volkszeitung“ die Entscheidung des Kammergerichts in der Klagesache des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins für Teilmobilität (S. P. D.) auf Herausgabe und Rechnungslegung von Beitragsmarken und sonstigem Vereinsmaterial gegen den früheren Kassierer des Vereins, der nach erfolgter Parteispaltung zu den Unabhängigen übergeschwitten und das Parteieigentum einbehielt. Die „Leipziger Volkszeitung“ sucht es so darzustellen, als ob das Kammergericht entschieden hätte, daß dort, wo die Mehrheit der Organisation die Mehrheit zu den Unabhängigen beschleibt, auch das Parteieigentum ihr zukommt. Diese Darstellung der „Leipziger Volkszeitung“ ist eine grobe Fälschung der Tatsachen und, falls sie das Urteil selbst so aufgefaßt haben sollte, ein interessanter Beleg für ihren gänzlichen Mangel an Urteilsvermögen. Die Entscheidung des Kammergerichts hat tatsächlich über den Rahmen des Einzelfalles hinaus für die Organisationen ein besonderes Interesse und bei den gegenwärtigen Verhältnissen in der Partei eine grundsätzliche Bedeutung. Deswegen sei aus dem Urteil der entscheidende Gesichtspunkt kurz wiedergegeben. Das Kammergericht führt aus: „Dem Kläger fehlt die Klagebefugnis. Für die Beurteilung dieser Frage ist nur das Vereinsstatut maßgebend. Danach besitzt die Organisation keine Rechtsfähigkeit. Auch § 54 BGB. kann nicht in Frage kommen, nachdem wer für einen nicht rechtsfähigen Verein ein Rechtsgeschäft gegenüber einem Dritten vornimmt, daraus persönlich haftet; ein solches Rechtsgeschäft liegt hier nicht vor. Nach dem Statut hat der Zentralwahlverein sühnungsgemäße Rechte nur gegen seine Mitglieder, die tschechischen Wahlkreise, nicht aber gegen deren Organe, die Vorstände oder Vorstandsmitglieder. Der Kläger Hagels (der Zentralkassierer) kann als einzelnes Mitglied nicht des Vereins, sondern eines Vereinsorgans, nämlich des Hauptvorstandes, für sich allein Ansprüche des Vereins nicht geltend machen. Aber auch dem gesamten Zentralvorstand steht wiederum das Recht nicht zu, seine vermeintlichen Ansprüche mittels einer Forderungsurkunde einem seiner Mitglieder zur Geltendmachung zu übertragen. Die Satzungen geben dazu nicht die Möglichkeit. Dem Kläger fehlt also die Klagebefugnis. Hiernach hielt es das Gericht nicht für erforderlich, in eine Remissionsurkunde einzutreten.“ Dies der Hauptgedankengang des Kammergerichtsurteils. Da die Satzungen der Parteivereine im wesentlichen die gleichen sind, wird es auch in anderen Fällen ebenso urteilen. Das bedeutet, daß die Parteivereine überhaupt nicht klagen können. Dieser ein Kassierer sein Geld den Unabhängigen ab, so bleibt es dort; bleibt hingegen der Kassierer der Sozialdemokratie treu und rechnet mit der sozialdemokratischen Organisation ab, so können auch die Unabhängigen nicht klagen. Der einmal das Geld in Händen, behält es. Die Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“, daß überall dort, wo die Kassierer das ihnen anvertraute Material ordnungsgemäß für die S. P. D. weiterverwertet haben, die Unabhängigen klagen könnten, ist angesichts des Urteils des Kammergerichts grundfalsch und geradezu lächerlich.

Um das Solinger Parteiblatt.

Bekanntlich haben die Genossen des Wahlkreises Solingen, nachdem die Unabhängigen mit 80 Stimmen die Parteivereinigung in eine unabhängige umgewandelt hatten, die Organisation wieder in der alten Form hergestellt. Damit hat sich auch der Kampf um das Parteiblatt, die „Vergische Arbeiterstimme“, verschärft. Den ersten ernsthaften Vorstoß unternahm die Unabhängigen im Juli. Sie verlangten eine außerordentliche Generalversammlung, in der Ergänzungswahlen für den Aufsichtsrat vorgenommen werden sollten. Es war ihnen gelungen, eine Reihe von Leuten in die Genossenschaft aufzunehmen zu lassen, so daß sie in dieser Versammlung die Mehrheit hatten. Es wurden auch zwei ihrer Anhänger in den Aufsichtsrat gewählt, doch entsprach die Wahl den gesetzlichen Vorschriften nicht, weshalb von Parteigenossen dagegen Protest erhoben worden ist.

Inzwischen ging die Agitation gegen den Geschäftsführer der Genossenschafts-Druckerei G. m. b. H., Genossen Schaal, und den Redakteur Franke, die beide der Partei treu geblieben sind, mit verstärkter Kraft fort. Insbesondere lief das Ziel dieser Bewegung darauf hinaus, der alten Partei möglichst jede Verfügung über das Blatt, besonders über den totalen Teil, zu entziehen. Von dem Verkauf der letzten außerordentlichen Generalversammlung ermutigt, verlangten sie jetzt wieder eine solche, die am letzten Sonntag abgehalten worden ist. In der ersten Ankündigung der Versammlung stand auf der Tagesordnung nur Statutenänderung. Erst im letzten Augenblick, gerade daß er noch am letzten gelegentlichen Tage veröffentlicht werden konnte, ging ein Antrag ein, auch noch Ergänzungswahlen auf die Tagesordnung zu setzen. Es war beantragt worden, an Stelle der im Statut vorgezeichneten 2 Vorstandsmitglieder deren 5 und an Stelle der 6 Aufsichtsratsmitglieder deren 9 zu wählen. Andere Anträge verlangten die dementsprechende Aenderung des Statuts und die Abänderung des Passus, der im Falle einer Liquidierung des Unternehmens das vorhandene Vermögen der Firma Singer u. Co. in Berlin überweist, dahin, daß das Vermögen die Konsumgenossenschaft „Solidarität“ erhalten solle.

In der Versammlung wurde von unseren Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß die ordentliche Generalversammlung im Oktober 1914 beschlossen habe, von Statutenänderungen während des Krieges Abstand zu nehmen. Auch wurde von konsumgenossenschaftlichen Hochleuten darauf hingewiesen, daß eine derartige Vergrößerung des Vorstandes und Aufsichtsrates gar nicht nötig sei und während des Krieges sogar eine gefährdende Schwerefälligkeit des Apparates im Gefolge haben würde. Doch die Unabhängigen hatten wieder einmal die Mehrheit. Deshalb wurden alle Anträge angenommen und die Wahlen vorgenommen. Die Unabhängigen haben also im Vorstande und im Auf-

Wahlrat der Genossenschafts-Druckerei G. m. b. H. in Solingen, die die „Vergische Arbeiterstimme“ herausgibt, die Mehrheit. Die Bahn ist also frei für neue Taten.

Industrie und Handel.

Zur bevorstehenden Zusammenlegung der Handwerksbetriebe auf Grund des Hilfsdienstgesetzes hat der Handwerksausschuß des Hansabundes heute unter Leitung seines Präsidenten, Obermeister Marcus, und unter Teilnahme von Vertretern des Handwerks aus allen Teilen Deutschlands folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Die Zusammenlegung der Handwerksbetriebe durch das Kriegsamt darf nur als Kriegsnotmaßnahme geschehen. Sie soll deshalb auch unter militärischer Leitung und nach militärischer Anordnung erfolgen. Sie muß derart durchgeführt werden, daß ihre Wirkung möglichst mit dem Kriegsende aufhört.

2. Die Durchführung der Zusammenlegung in den einzelnen Handwerkszweigen und die Stilllegung der einzelnen Handwerksbetriebe darf nur auf Grund vorheriger Gutachtens der handwerklichen Berufsorganisationen (Zünfte, Gewerbevereine, Handwerkskammern) erfolgen. Die Zusammenlegung soll im Wege der Selbstverwaltung geschehen.

3. Der Handwerksausschuß des Hansabundes hält es für notwendig, daß den stillgelegten Betrieben eine angemessene Entschädigung gewährt wird und daß ihnen insbesondere auch die materielle Möglichkeit eröffnet wird, unmittelbar nach Kriegsende wieder ihre Tätigkeit aufzunehmen.

4. Der freiwilligen kollegialen Zusammenarbeit des Handwerks wird es überlassen bleiben, durch gemeinsame Organisationen, beispielsweise genossenschaftlicher Art, nach Möglichkeit die Arbeit für die stillgelegten Betriebe auch in deren Interesse fortzuführen und damit auch diesen Betrieben ihre bisherige Kundenschaft für die Zeit nach Friedensschluß tunlichst zu erhalten. Auch wenn den Handwerkern, die von der durch den Krieg notwendig gewordenen Zusammenlegung betroffen werden, eine Entschädigung gewährt wird, so fällt doch darunter nicht der Ersatz für den Schaden aus der erzwungenen Abwanderung der Kundenschaft und für andere ähnliche Inponderabilien.

Soziales.

Landrat und Arbeiterversicherung.

In Preußen ist den Landräten die Verwaltung der Sektionen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften übertragen worden. Es mag sein, daß dies durch den Glauben veranlaßt worden ist, daß dadurch eine rasche Erledigung der Unfallsachen gewährleistet sei. Aber dieser Glaube hat, wie so mancher anderer, in die Tere geföhrt. Wenn die Verletzten im allgemeinen schon Ursache haben, sich über den Sämedenqanz zu beklagen, in dem die Rentenfeststellungen erledigt werden, so haben sie dazu im besonderen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Ursache dazu.

Das wirkt um so nachteiliger, weil die armen Landarbeiter vor dem Herrn Landrat, der ja bekanntlich in Preußen gleich nach, manchmal auch vor dem König kommt, ganz außerordentlich viel Respekt haben und deshalb gar nicht wagen, mit dem — leider — so oft erforderlichen Nachdruck aufzutreten, um zunächst wenigstens einmal zu erfahren, was im hohen Not über ihr Schicksal beschlossen worden ist. Not und Entbehrungen sind die Folge.

Dafür wieder ein praktischer Fall: Der Sohn eines Landwirts in Bad Orb erlitt im August 1916 einen schweren Betriebsunfall und heute nach Jahresfrist kann der Verletzte immer noch keine Rente erhalten. Der Unfall wurde rechtzeitig gemeldet, doch das Kgl. Landratsamt in Gelnhausen findet keine Zeit, den Fall zu erledigen oder dem Verletzten auch nur eine Antwort auf all seine Anfragen zu geben. Der Vater des Verletzten mußte daher im März d. J. die Hilfe des Arbeiter-Sekretariats zu Frankfurt a. M. anrufen. Doch auch auf die höfliche Anfrage des Sekretariats vom 5. März d. J. ist bis heute noch keine Antwort vom Landratsamt eingetroffen. Der Verletzte schrieb dann nochmals an den Herrn Landrat. Wieder keine Zeile als Antwort. Persönliches Vorsprechen in Gelnhausen auch zwecklos. Im Juli d. J. hatte dann das Arbeitersekretariat nochmals in Gelnhausen nach dem Stand der Sache gefragt und gebeten, doch dem Verletzten einen Rentenrückschuß zu schicken, wenn der Fall immer noch nicht erledigt werden könne. Wieder keine Antwort. Dann reiste der Vater des Verletzten wieder nach Gelnhausen. Vergänglich! Am 6. August d. J. erhob dann das Sekretariat Beschwerde bei dem Hauptvorstand der Berufsgenossenschaft in Kassel über das Verhalten der Sektion Gelnhausen und erhielt dann prompt von Geh. Rat Dr. Schröder-Kassel folgende Antwort:

Kassel, 10. August 17.

Zum Schreiben vom 6. d. Mts.

In der Unfallsache des minderjährigen G. M. in Bad Orb sind auch meine Anfragen vom 3. April und 2. Juli d. J. um Mitteilung über den Stand der Unfallsache vom Sektionsvorstand in Gelnhausen bis jetzt nicht beantwortet.

Der Genossenschaftsvorstand stößt bei der Sektion Gelnhausen bezüglich der Erledigung der Sachen seit längerer Zeit auf die größten Schwierigkeiten, und zwar offenbar aus Mangel an Personal. Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sektionsvorstandes ist wiederholt und auch jetzt wieder mitgeteilt worden, daß ich zu meinem größten Bedauern gezwungen bin, mich be- schwerdeführend an den Herrn Regierungspräsidenten zu wenden, wenn die rüchständigen Sachen nicht in ganz kurzer Zeit erledigt werden.

J. W.: Dr. Schröder.

Dr. Schröder glaubt das Verhalten des Landrats mit Personal-mangel entschuldigen zu müssen. Ja, bleiben denn all die Sachen auf dem Landratsamt so lange liegen? Dann kann man ja dem Kreise Gelnhausen gratulieren. Oder werden nur die Unfallsachen, weil es sich dabei um Arbeiter handelt, so lange auf einen armen Haufen gelegt, bis die Beendigung des Krieges auch dem Personalmangel ein Ende macht? Hier sollten doch die Aufsichtsbörden einmal gründlich nach dem Rechten sehen, damit sich der Amtschimmel endlich wieder in Bewegung setzt. Wozu große und rasche Sprünge wird er auch dann sicher nicht machen und dadurch die gewissenhafte Erledigung seiner Obliegenheiten in Gefahr bringen.

Eingegangene Druckschriften.

Beiträge zur Wohnungsfrage während des Krieges. 14. Sonderheft zum „Reichs-Arbeitsblatt“, 1,50 M. Karl Heymanns Verlag, Berlin. Le Bulletin Monténé-grin. Nr. 1. L. Reggiani, Genf. La Russie Libre. Heft 1. 1,50 Fr. Lausanne.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Ernst, Berlin; für Inserate: Th. Wiedt, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Schwache Augen. Schlechtes Sehen.

Das letzte Schicksal aller Augenlaser ist am Ende für alle das gleiche: das Verbrechen. Aber ihre Lebensdauer sind so interessant verschieden, besonders in der heutigen Zeit, in welcher jedes Auge aus äußerster Gebrauch und ausgenutzt wird. Am frühesten von allen Organen des Körpers unterliegt das Gewebe des Auges dem Altersprozess. Die Kristalline hat bis zum 42. Lebensjahre eine solche Veränderung ihrer Elastizität erfahren, daß das genaue und mühelose Lesen kleiner Schrift in der Nähe recht erfordern ist. Man ist, um kleine Schrift, die Entfernung der Nadel um genau jeden zu können, genötigt, sie weiter vom Auge zu entfernen als bisher. Das Auge ist allerschuldig geworden. Der Kurzsichtige steht zwar Bäume, Häuser usw., aber er hat von diesen fernstehenden Dingen nur ein undeutlich, verschwommenes Bild. Für solche Menschen ist ein Augenlas eine wahre Erlösung. Kaum glaublich ist es, wie viele Brillenbedürftige sich lieber der graumäuligen Selbstqualer ei unterwerfen oder halbblind durchs Leben wandern, bevor sie sich zu dem Gebrauch eines Augenglasses entschließen. Aber mit der richtigen Kammer der Gläser allein ist es noch nicht getan; die Gläser müssen auch richtig vor den Augen sitzen. Scheitern muß dies eigentlich nur bei der Brille der Fall; erst der Uebergang vom primitiven, immer schließenden „Altkammer“ zum heutigen Orthogenen Kneifer der bekannten Optiker Klotz' Optischen Anstalt erbrachte den teilweise Fortfall der Brille; aber auch ihre Vorgänger im guten Steigen ohne lästigen Druck. Optiker Klotz' Ortho-Kneifer hat sich sowohl als Arbeits- wie als Fernkneifer vorzüglich eingeföhrt. Beim Nähen und Arbeiten, die längere Zeit erheischen, wird die Brille oftmals in ihren alten Rechten bleiben. Optiker Klotz' Näh- und Schreib- der Hausfrau wird sich auch weitere Freunde erwerben. Aber nach Ueberabpreis hat Optiker Klotz nicht, sondern Brille, die jedem erschwinglich sind. 60-jähriges Bestehen der Firma bürgt für Redlichkeit und Zufriedenstellung. Brillenbedürftige — selbst aus den entlegenen Stadtteilen und Vororten — werden sich daher stets der Optiker Klotz' Optischen Anstalt entsinnen. Die Firma hat aber keine Filialen, sondern einzig und allein das weltbekannte Geschäft Frankfurter Allee 21, zweites Haus von Ede Weg- bogenet Straße. Augenuntersuchungen finden von 9-11 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr abends statt.

Groß-Berlin

Michendorf—Lienewitz—Caputh—Potsdam.

Ungefähr halbwegs zwischen 8 und 9 Uhr morgens fährt ein Zug nach Sangerhausen über die Ferngleise der Stadtbahn. Wir lösen eine Fahrkarte nach Michendorf...

Auf dem Waldwege erreichen wir das Lienewitzmoor, an dem wir nun nach Südwesten in der Richtung auf den Lienewitzsee entlang wandern. Es ist vor allem die Einsamkeit, die den sich erschließenden Wald- und Moorbildern den Reiz verleiht.

Wir gehen an der Südseite des Sees entlang bis zur idyllischen Häusergruppe der Kolonie Lienewitz an der Fahrstraße Flottstelle—Schmerberg, die wir nun nach Norden verfolgen.

Ausreichende Kohlenbelieferung — das ist die Hauptsache!

Zur Gasfrage erhalten wir vom Genossen Dr. Bruno Vorwardt, Charlottenburg folgende Zuschrift:

Bei der Notwendigkeit der Einschränkung des Gasverbrauchs ist vielfach die Meinung verbreitet, es handele sich darum, den Gasverbrauch um 10 Proz. einzuschränken. Das ist jedoch ein Irrtum.

„Ausländisches Obst“.

Als im letzten Jahre die Preissteigerungen auf dem Obstmarkt einlegten, wurden Höchstpreise für Wirtschaftsobst festgelegt, Tafeläpfel wurden davon ausgenommen.

hat, so daß wenigstens in etwas den Händlern ein Niegel vorgehoben wird, die auch das schlechteste Obst als Obst erster Sorte oder Tafelobst zu hohen Preisen absetzen würden.

Um diesen Zustand zu begrenzen, werden jetzt mit Genehmigung der Staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin in den Groß-Berliner Stadt- und Landkreis übereinstimmende Verordnungen erlassen, wonach Kleinhändler, die ausländisches Obst an Verbraucher abgeben, verpflichtet sind, solange sie gleichzeitig inländisches Obst feilhalten, das ausländische Obst sichtbar getrennt von dem inländischen Obst zum Verkauf zu stellen und das ausländische Obst als solches durch leicht erkennbaren Aufhang unter Preisangabe kenntlich zu machen.

Auch diese Bestimmungen scheinen uns noch nicht die Gewähr dagegen zu bieten, daß das Publikum wieder in unerhörter Weise ausgebeutet wird. Will man gegen diese „Auslands“-geschäfte auftreten, dann wird schon nachgeprüft werden müssen, ob der einzelne Händler nicht Zuckerpreise verlangt. Ein sehr gutes Mittel, den von uns geschädigten Nebebesitzern zu begegnen, bilden übrigens die kommunalen Obstankäufe einzelner Groß-Berliner Vorortgemeinden.

Noch weniger Milch — !?

Der Magistrat Berlin teilt mit: Die Milchzufuhren sind in der letzten Zeit berartig gesunken, daß die Fettstelle Groß-Berlin nicht in der Lage ist, den Vollmilchverfürungsberechtigten die in der Anordnung der Reichsstelle für Speisezettel vom 4. Oktober 1916 vorgesehene Milchmenge zu gewähren.

Der Brotverkauf am Montagmorgen.

Es ist beinahe aus den arbeitenden Kreisen heraus, wiederholt beim Vorübergehe darüber geklärt worden, daß es unmöglich sei, beim Beginn der Brotbackwoche am Montag das erforderliche Brot zur Arbeitsstelle mitzunehmen, weil die Bäckerläden in der Zeit, zu welcher der Arbeiter von Hause zur Arbeit fortgehen müssen, also in den frühen Morgenstunden, noch geschlossen seien.

Verteilung der Zusatzbrotarten.

Die Zusatzbrotarten sind in Berlin für die nächste Woche wiederum den Brotkommissionen zugegangen. Die Berliner Betriebe, die ihr transeverpflichtungspflichtiges Personal mit Ausnahme der Bureau-, kaufmännischen und technischen Angestellten, der Bediensteten u. Gast- und Speisewirtschaften, soweit sie beim Arbeitergeber in Verpflegung sind, und der Privatdienstboten bei der Schwerearbeiterzentrale, Volksmarkt 6, angemeldet haben, können die Karten für die Woche vom 27. August bis 2. September in der für den Betrieb zuständigen Brotkommission von Sonnabend, den 25. August, nachmittags abholen.

Stiftungsgelder für Buchdrucker und deren Angehörige. Aus der unter Verwaltung der städtischen Stützungsdeputation stehenden Ernst Kühnischen Stiftung sollen am 27. September jeden Jahres Unterstützungen von wenigstens a) 100 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte selbständige Schriftleger, Buchdrucker und Gehilfen, b) 50 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte Witwen oder eheliche Töchter von verstorbenen, zuletzt in Berlin wohnhaft gewesenen Schriftlegern oder Buchdruckern — ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses vergeben werden.

Gesuche mit Angabe über die Dauer des Aufenthaltes in Berlin sind innerhalb 14 Tagen an die Städtische Stützungsdeputation, Straßauer Str. 56, 2 Tr., einzureichen.

Großfeuer in Berlin-Ost.

Großfeuer kam in der Nacht zum Freitag gegen 1 1/4 Uhr im Osten von Berlin, Rüdersdorfer Straße 26, zum Ausbruch und beschäftigte die Berliner Feuerwehr bis Freitag mittag. Als der 7. Löschzug an der Brandstelle ankam, stand eine Fisklerei im ersten Obergebäude des großen Grundstücks in Flammen. Auf dem Grundstück befinden sich u. a. die Holzbearbeitungsfabrik von Bauer u. Senger, die Tischfabrik von P. Haase, die Möbelfabriken von Hertel u. Müller, Paul Langenitz, „Carmen“ W. m. S., sowie die Dampfmaschinenfabrik von A. J. Vühr u. Wiese Nachfolger und mehrere andere Fabriken und Wohnungen, eine Gastwirtschaft usw.

griffen mit rasender Geschwindigkeit um sich und waren vom Schlesischen Bahnhof aus mit dem dicken Qualm, der sich über der Ostbahn hinzog, deutlich zu sehen. Eine große Menschenmenge sah trotz der späten Stunde der Löschung zu. Um 6 Uhr war die Nacht des entsetztesten Elementes gebrochen. Die angrenzenden großen Werkstätten für Garagen und Autos, sowie die Rüstungsfabriken wurden wirksam geschützt. Das Doppelquergebäude ist zum größten Teil ausgebrannt. Die Entstehungsurache konnte noch nicht ermittelt werden.

Ein Mord und zwei Selbstmorde

wurden im Hause Höchststraße 48 entdeckt. Der 49 Jahre alte Magistratsbureausekretär Max Loh und seine um sechs Jahre jüngere Ehefrau Kläre geb. Bügel sowie ein von der etwas kränklichen Frau öfter mit Votengängen betrautes 16jähriges Mädchen Kläre Kästel wurden in der Lohschen Wohnung tot aufgefunden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Frau Loh ermordet worden ist. Um ihren Hals war ein Handtuch geschlungen. An ihrem Kopf, der mit einer Schürze zugebedt war, klappte eine 10 Zentimeter lange, anscheinend von einem Beilhieb herüberende Wunde. Der Ehemann Loh und Kläre Kästel hatten Selbstmord verübt und sich mit Gas vergiftet.

Zum Frauenmord in Spandau. Die Leiche der Arbeiterin Martha Petke ist obduziert worden. Sie hatte drei von Reißerischen herüberende Verwundungen. Von einem Stich war das Herz durchbohrt worden. Die Suche nach dem Täter ist bisher ergebnislos geblieben.

Sturz zweier Kinder aus dem dritten Stockwerk.

Glücklich abgelaufen ist ein Unfall, der sich gestern in dem Hause Hohenollerplatz 19 in Neukölln abgepielt hat. Während die Ehefrau des dort im dritten Stockwerk wohnenden Straßenbahnfahrers Sifora krank im Bette lag, spielten der dreijährige Sohn Hans und der vier Jahre alte bei S. zu Besuch weilende Richard Hohenstein an einem Fenster. Die Jungen kletterten auf einen Stuhl und lehnten sich aus dem Fenster, um einen auf dem Hof spielenden Vetterkostermann besser beobachten zu können. Dabei verloren beide Knaben das Gleichgewicht und stürzten kopfüber auf den Hof hinab. Man schaffte die verunglückten Kinder sofort nach der Unfallstation in der Steinwegstraße, wo der Arzt feststellte, daß beide wunderbarerweise mit leichteren Verletzungen davongekommen waren. Der kleine Sifora hatte eine Quetschung des rechten Armes, der andere Knabe eine leichte Gehirnerschütterung erlitten. Beide Kinder konnten den Eltern wieder zugeführt werden.

Vom Eisenbahnzug überfahren wurde am Freitagabend auf dem Bahnhof Spandau-West der Bahnmeister Peter Rathjen, der die Gleise abharrt und dabei das Herannahen eines D-Zuges über sah. Rathjen wurde mit schweren äußeren und inneren Verletzungen nach dem Krankenhaus geschafft, starb aber auf dem Transport.

Das Wissenschaftliche Theater der Urania (Laubenstraße) bringt Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend den neuen Vortrag von Dr. Bettendorfer, Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina, den neben vielen Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen auch kinematographische Vorstellungen aus der Befreiung von Tarnopol und Czernowitz bietet. Mittwoch und Freitag wird der Vortrag „Das Oberengadin und der Splügen“ wiederholt. Sonntag und Sonnabend finden zu kleinen Preisen Nachmittagsvorstellungen mit dem Vortrag „Tirol einst und jetzt“ statt.

Neukölln. Die Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie. beschloß die letzte Sitzung der Stadtverordneten. Zu diesem Zweck wurden zunächst 200 000 M. aus Voranschlägen vorbehaltlich späterer Deckung aus Anleihemitteln bewilligt. Was den wiederholten Vorstößen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion nicht gelang, das zwang die Kriegsnote der Verwaltung auf. Schon vor Jahren beantragten unsere Genossen die Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie. Regelmäßig wurden alle dahingehenden Anträge abgelehnt. Am 1. Juli schon konnte von 400 Handgrumbstücken das Müll nicht mehr abgefahren werden. Diese Zustände konnten nicht mehr verantwortet werden, zumal für die nächste Zeit eine Besserung auch nicht in Aussicht stand. Es lag die zwingende Notwendigkeit vor, die Müllabfuhr durch die Stadt zu übernehmen. Es besteht somit die Hoffnung, daß die Müllabfuhr in kürzester Zeit behoben wird. Einstimmig wurden mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse die diesjährigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung gemäß der Verordnung vom 4. November 1916 verschoben.

Schöneberg. Bürgermeister Nachowicz bestätigt. Das Staatsministerium hat die Wahl des Stadtrats und Rämmerers Nachowicz zum 2. Bürgermeister der Stadt Schöneberg bestätigt.

Lebensmittel. Vom 25. bis 28. August findet die Voranmeldung statt für 200 Gramm Gruppen auf Abschnitt 59 der Nährmittelliste und in der gleichen Zeit Voranmeldung auf 1/2 Pfd. Kartoffelwalmehl auf Abschnitt 15 der Nährmittelliste für Jugendliche. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 1 Pfd. Jucker oder 2 Pfd. Narmelade auf Abschnitt 56 und 1/2 Pfd. Sirup auf Abschnitt 57 und 1/2 Pfd. Süßfruchtmarmelade auf Abschnitt 55 und 1/4 Pfd. holländischer Käse für Jugendliche auf Abschnitt 14 der Nährmittelliste.

Niederschönhausen. Kartoffeln werden in dieser Woche noch auf Abschnitte der neuen Lebensmittelliste drei Pfund verabsolgt, sodas im ganzen zehn Pfund zur Verteilung gelangen. — Auf Eierkartenabschnitt der Eierkarten 1—1500 wird heute noch ein Eis abgegeben beim Eierhändler Berkowicz, Zietzenstr. 86. Der Preis beträgt 84 Pf.

Zegel. Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurden als Einleitungsbeiträge für Kinder, welche zum 1. Oktober die Schule verlassen, 2000 M. bewilligt, wovon 1/3 vom Kreis zurückstattet werden sollen. Der Grund- und Hausbesitzerverein beantragt, den Rietnachplatz für zum Heere Einberufene von 25 auf 10 Proz. herabzusetzen. Beschlossen wurde, in besonderen Fällen kann die Miete bis 22 M. monatlich ganz übernommen werden, darüber hinaus sind 15 Proz. Nachlag zu gewähren, bei Mieten über 25 M. übernimmt die Gemeinde 50 Proz. Die Betriebsergebnisse der Industriebahn sind gegen früher derart günstig, daß ein Zuschuß von den beteiligten Gemeinden nicht gefordert werden soll. Die Vertretung erklärt sich prinzipiell damit einverstanden, daß Frauen für die Mitarbeit in der Verwaltung herangezogen werden sollen, und zwar zunächst in der Armenpflege und in der Kriegswirtschaft. Ferner wird beschloffen, den Gemeindevorsteher des Gas- und des Rämmerers ab 1. August eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Stunde, unter Fortfall der bisherigen Feuerzulage von 1 M. täglich, zu gewähren. Nachdem der Gaspreis schon vor nicht langer Zeit von 18 auf 18 Pf. für Leucht- und von 14 auf 15 Pf. für Industrie gas erhöht worden ist, sollen jetzt die Preise von 18 auf 20 und von 15 auf 18 Pf. heraufgesetzt werden. Begründet wird die Maß-

Aus aller Welt.

Salt — oder ich schiesse!

In Duisburg mußte ein Befreiter der Landsturmkompanie, ein Offener Hochaufmann, einen Deserteur geleiten. Dieser ergriff plötzlich die Flucht und blieb trotz des wiederholten Gallorenes des Befreiten nicht stehen. Der Soldat schoß und traf unglücklicherweise die gerade aus dem Hause tretende 24jährige Tochter Elise des Kaufmanns Bachmann, die sofort tot zu Boden sank. Der Flüchtling wurde dann festgenommen.

Unzuverlässige Müller.

Die Reichsgetreidekasse läßt die für sie tätigen Mühlen kontrollieren. Bei einer solchen Nachprüfung in Dahme und Umgebung wurden in einer Mühle 140 Zentner Roggen und Weizen vorgefunden, über deren Herkunft der Müller nicht Auskunft zu geben vermochte. Das Korn wurde beschlagnahmt und gegen den Besitzer der Mühle Anzeige erstattet.

Freireligiöse Gemeinde. Morgen vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17, Neudamm, Idealpalast, Reichsstraße 8, Oberkronenweide, Wilhelmshofstr. 49 bei Otto Stamp: Freireligiöse Versammlung. Mittwochs 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. G. G. G. So ihr nicht werden müßt wie die Kinder! Gänge willkommen.

Arbeiter-Zamortierungskasse Kolonne Groß-Berlin. Am Montag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gieseler Vereinshaus, Copenicker Straße 62: Vortrag und Liedersunde. Gäste haben einmündigen freien Zutritt. Am 3. September: Prüfung der Kursteilnehmer. Der Winterkurs beginnt am 24. September. Auskunft erteilt Gustav Dietrich, Vorsitzender, Berlin NW 23, Klopstockstr. 23, Hof links parterre.

Briefkasten der Redaktion.

S. 100. Sie sind natürlich verpflichtet, für die bei Ihnen beschäftigten Eddies Anwaltskanzlei zu sorgen. Wenden Sie sich zur Regelung der Sache jetzt an das Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67. — S. 84. Die Wohlthätigkeit besteht nicht in der Einbildung, liegt beim Willkür. Die Forderung als arbeitsverweigerungsähnlich im Verne oder für Scheinarbeiten könnte z. B. erfolgen. — S. 166. Sie müssen den Beweis dafür durch Vorlegung der Ausdrucksurkunde erbringen. Lassen Sie sich von dem betr. Amtsgericht ein Duplikat ausstellen und erheben Sie Einspruch gegen die Zahlungsaufforderung. — 11404. Eine Antwort müßte die Mutter erhalten, sie soll deshalb darum mahnen, event. beim Ortsbauern die Zahlung beantragen. Unbittiger Anspruch auf die Zahlung besteht nicht, sie ist in dem Bedarfsfall gewährt worden. — G. D. 94. Minderheit eines Landes, sofern die Entscheidung auf dem anderen Auge mehr als die Hälfte der normalen beträgt. — G. G. im Felde. Rein. — Staatsminister. Nach Art. 1 des Gesetzes vom 22. 7. 1913 können Personen, die keinem Staate angehören, zur Erfüllung der Wehrpflicht wie Deutsche herangezogen werden, wenn sie sich im Reichsgebiet dauernd aufhalten.

Briefkasten der Expedition.

Dresden N. Cappelstr. 31. II. L. Ihr Inserat kann nicht aufgenommen werden und bitten um Angabe der vollen Adresse für Rücksendung.

Friedrichsstraße. Kartoffelabgabe. Auf Lebensmittelkarte Nr. 29 erhält jeder Einwohner in dieser Woche bei seinem Händler noch 2 Pfund Kartoffeln.

Romanes. Lebensmittel. Der Kartenabschnitt 1 der Eierkarte ist bis heutigen Abend zur Voranmeldung bei dem Kleinbändler abzugeben, von dem die Ware bezogen werden soll. Anmeldungen, die nach dem heutigen Tage eingehen, bleiben ohne weiteres unberücksichtigt. Die Eiermenge, die auf den Kartenabschnitt 1 entfällt, wird noch bekannt gegeben.

Heute findet bei sämtlichen Fleischermeistern und Fleischverkäufern der Verkauf von Fleisch statt. Die Fleischermeister und Fleischverkäufer haben durch Ausschlag in ihren Schaufenstern bekanntzugeben, welche Nummern aus ihrer Kundenliste Fleisch erhalten. Die Wochenfleischmenge beträgt 250 Gramm.

Die Ausgabe der neuen Milchkarten findet wie folgt statt: Heute für die Buchstaben A—G, Montag für die Buchstaben H—P, Dienstag für die Buchstaben Q—Z.

Für Erlangung der Milchkarten sind für die Kinder bis zum 6. Lebensjahr Urkunden, aus denen das Geburtsdatum ersichtlich ist, vorzulegen. Die Milchhändler haben, auch wenn die Milch von auswärts nach Romane eingeführt wird, am Mittwoch, Donnerstag und Freitag eine Milchkundenliste von vormittags um 8 Uhr bis nachmittags um 7 Uhr anzulegen.

Gerichtszeitung.

Das Feuerhorn in der Hand des Kinoschauspielers.

Eine Kinogesellschaft aus Berlin wandte sich an den Gemeindevorsteher von Scharnborst mit der Bitte, einmal einer Feuerlöschprobe zusehen zu dürfen. Der Gemeindevorsteher verständigte den Brandmeister Liefeld und dieser wollte an einem Sonntag eine Feuerübung für die Kinospiele im Ort veranstalten. Nachdem das Theaterbühnen sich mit dem Brandmeister verständigt hatte, übergab dieser einem Schauspielers das Feuerhorn, damit er zu der geplanten Übung die achtundzwanzig Feuerwehrleute heranzuführen sollte. Der „Kinoheld“, der völlig unerfahren in der Handhabung des Feuerhorns war, blies anstatt des Signals „Übung“ das Signal „Großfeuer“. Aus allen Häusern und Gastwirtschaften klangen die Leute herbei, da sie eine große Feuerschiff befürchteten. Der Brandmeister 2. erhielt infolge des falschen Feueralarms einen Strafbefehl über 30 M. wegen groben Unfugs. Bei dem Potsdamer Schöffengericht erhob er Einspruch, aber der Vorsitzende beehrte ihn, daß er als Brandmeister nicht leichtsinnigerweise einem Kinospiele das Feuerhorn anvertrauen dürfe. 2. zog darauf seinen Einspruch zurück.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Wäbig warm, veränderlich, vorwiegend wolfig, mit leichten Regenschauern, frühweiche Gewitter.

nahme mit der Steigerung der Unkosten, Kohlen, Löhne, Kohlensteuer usw. Bei den Wäggasmessern soll ein Preisaufschlag von 1 1/2 Pf. pro 10 Pf. erhoben werden. Ein Antrag, die erhöhten Aufwendungen auf den Etat zu übernehmen, um so den Ausfall nicht der Bürgerkraft aufzubürden, wird abgelehnt. Dementprechend werden bei Gasautomaten pro Kubikmeter 3 und bei Zählern 2 Pf. zu zahlen sein. Die Erhöhung tritt am 1. Oktober in Kraft. Den vertraglichen auswärtigen Abnehmern soll der Preis von 19 auf 23 Pf. erhöht werden.

Banlow. Gewährung von Steuerzuschüben. In der letzten Gemeindevorsteherung wurden die Kriegsteuerzuschüben einer Neuregelung unterzogen. In Anpassung an die staatliche Neuregelung dieser Zuschübe erhalten vom 1. Juli d. J. ab die planmäßig angestellten männlichen und weiblichen Beamten und Lehrpersonen an den höheren Lehranstalten und Mittelschulen (die Volksschullehrer werden in derselben Weise vom 1. Juli d. J. ab durch den Staat bezahlt), soweit sie nicht zum Heeresdienst eingezogen sind, unter Fortfall der bisherigen Steuerzuschüben, Kriegszuschüben und Kriegsteuerzuschüben. Die monatlichen Kriegszuschüben betragen bei einem jährlichen Dienstverdienst in:

Table with 3 columns: Gruppe I bis zu 2300 M. einshl., Gruppe II von mehr als 2300-4800 M. einshl., Gruppe III von mehr als 4800-7800 M. einshl. Rows include: bei unbeh. Beamten, bei beh. Beamten, do. mit 1 Kind, do. 2 Kindern, do. 3.

Für jedes folgende Kind erhöht sich der Steigerungssatz weiter fortsetzend um 1 M. pro Monat. Die neben vorstehenden monatlichen Kriegszuschüben zu gewährenden jährlichen Kriegsteuerzuschüben betragen für Verheiratete mit einem Dienstverdienst bis zu 15 000 M. nach:

Table with 3 columns: Tarifklasse III (Oberbeamte, Oberlehrer usw.), Tarifklasse IV (mittl. Beamte, Diakone usw.), Tarifklasse V (Unterbeamte, Bureauang. usw.). Rows include: kinderlos, mit 1 Kind, 2 Kindern, 3, 4, 5, 6.

Unverheiratete männliche und weibliche angestellte Beamte mit nicht mehr als 6000 M. Einkommen erhalten jährlich 300 M. Bezüglich der Gemeindevorsteherung wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, nach Anhörung der zuständigen Kommission den im Gemeinbedienst beschäftigten Arbeitern Lohnerhöhungen mit Wirkung vom 1. Juli 1917 ab zu gewähren. Die bisher gewährten Steuerzuschüben bleiben daneben bestehen.

Deutsches Theater. Heute und folg. Tage 8 Uhr: Max Pallenberg in Der kleine Napoleon. Sonntag letzte Nachmittagsvorstellung 3 Uhr: Familie Schmek mit Max Pallenberg. Kammerspiele. Heute u. folg. Tage 8 Uhr: Hans Wassmann u. Ida Wbat in Goldfische (Lustspiel). Volkshöhne. Theater am Bülowplatz. Untergesch. Schön. Tor. Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr: Fahrende Musikanten Musik von Robert Schumann. Lessing-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Henry Bender in Die Königin der Luft (Gesangsposse). Dir. C. Melinhard — R. Bernauer. Theater i. Königgrätzerstr. 7 1/2 Uhr: Erdgeist. Komödienhaus. 8: Wie fessle ich meinen Mann? Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß. Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7—9. Zum 90. Male: Uha — famos! Gr. Vorstellung u. Operettensposse in 8 Akten mit Bezug u. Tanz. Vorher d. gr. Varietöprogramm. Anfang 4 1/2 Uhr.

Theater für Sonnabend, 25. August. Deutsches Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Carmen. Schluß der Sommerspielzeit. Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Gebr. Herrfeldt-Th. Operetten-Gastspiel. 7 1/2 Uhr: Die ledige Ehefrau. Kleines Theater. 8 Uhr: Die Hausdame. Komische Oper. 7 Uhr: Schwarzwaldmädel. Sonntag 3 1/2 Uhr: Jugend. Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof. Morgen 3 1/2 Uhr: Helmat. Residenz-Theater. 8 Uhr: Die Verhüllte. Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin. Neues Operettenhaus. Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 261. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Schiller-Theater O. 6 1/2 Uhr: Walküre. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg. Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Egon u. seine Frauen. Theater am Nollendorferplatz. 7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone. Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Stolze Thea.

URANIA. 8 Uhr: Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina. WINTERGARTEN. Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan. Dazu: 9 Uhr abends Venezianische Nacht. Pantomime in 12 Bildern von Karl Vollmoeller. Jeden Sonntag: Nehm. 3 U. Vorstellung. Kf. Preise; Kinder d. Hälfte. Zirkus A. Schumann. Bahnhof Friedrichstraße. Anfang 8 Uhr. Rauchen gest. Köhl. Aufenth. Das große Zirkus-Varieté-Programm. 3 Melodisches halbrecht. Akt. Classens ganz neue Leist. Max u. Moritz. Luis u. Sohn. — Sums. Halali. Parforce-Schnitzeljagd. Sonntag 3 1/2 u. 8 Uhr. Nachm. 1 Kind frei. u. Gratis-Ponny-Reiten.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Zum 50. Male: Die Stunde des Verräters. Garten: Seemannsleben. Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Zigeuner. Gartenbühne: Vorstellung. Trianon-Theater. u. Bhf. Friedrichstr. Tel. 21. 4927. 7 1/2 Uhr: Der reizende Adrian. Palast. Tgl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2. Nur noch bis 31. August! A. Steidl, A. Müller-Linck in: „Der Herr ohne Wohnung“. „Aira“. Persina — Manti. Voigt-Theater. Sadstr. 52. Täglich: Sadstr. 52. Gr. Extra-Vorstellung. Was junge Mädchen träumen. Vorher: Größtartigste Spezialitäten-Programm. Anf. wochent. 4 1/2, Sonnt. 4 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher Max Schulz, Koloniestraße 6, am 22. August gestorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in der Gernmannstraße aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet. Nachrufe. Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Formler H. Grunwald beim Baden ertrunken ist. Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher Gustav Furl, Neudamm, Bruno-Bauer-Straße 24, am 16. August gestorben ist. Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter Karl Luschow, Neudamm, Lonsaustr. 102, am 21. August gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 18/11 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen Johann Smolinski von der Wasanstraße Danziger Straße. Ehre seinem Andenken! Beerdigung am Sonntag, den 25. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligens-Kirchhofes in Berlin aus. Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht. 18/11 Die Ortsverwaltung. Obstverkauf! Auf dem Gutshofe in Lübborf bei Richterfelde-Dorf findet Abverkauf von Obst statt. Der Verkauf erfolgt unter gegen Vorlegung der Berliner Lebensmittellisten. Verkaufzeit wochentags vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 3—7 Uhr. Obstverwand findet nicht statt. 7/11 Die Ortsverwaltung. Fette Mastenten 5.50. Masthühner 3 Pf. 4.95. Kanarienvogel abgezogen. Tafelch. Schmidt. Plan-Heer 21. 202.

Admirals-Palast. Die Novität Abtrakadabra. Gr. phant. Ballett u. d. Elise. Angenehm köhl. Aufenthalt. 7 1/2 U. Vorzügl. Küche. Casino-Theater. Köthinger Straße 37. Täglich 7 1/2, 8 Uhr. Die Schlägerposse. Heiraten mußte! Vorher der neue bunte Teil. Sonnt. 4 Uhr: Guste, die Perle. Admirals-Palast. Die Novität Abtrakadabra. Gr. phant. Ballett u. d. Elise. Angenehm köhl. Aufenthalt. 7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Berlin für die Marine. Admiralspalast. Große Wohltätigkeits-Vorstellung. Bunter Teil. Abtrakadabra. Der fliegende Rittmeister. Operette in 1 Akt von Doostal. Marianne Alfermann, Königl. Oper. Betty Feiner, Neues Operetten-Theater. Lena Amiel, Wintergarten. Siegfried Berisch, Oskar Braun, Komische Oper. Guido Gialdini, Kunstseifer. Maria Kettner, Trianon-Theater. Ballettmeisterin Mary Zimmermann vom Deutschen Opernhaus mit ihrem Ballett. Vorverkauf: A. Wertheim, Bote & Bock, Invalidendank und an der Kasse der Eis-Arena. Von d. Oberbaumbrücke, Falkensteinstraße, jeden Sonntag Dampfer-Extrafahrt mit Musik abf. 8 1/2 u. 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse und Neu-Herlingsdorf. Reederei Kieck, Goldensteinstr. 48. Telefon 39pl. 8197.

Kabarett Tivoli. Bunte Vorträge. Spielplan vom 16.—31. August: Leopold Byron — Adele Genée. Schwestern Reyts — Willy Gabrun. Alice Roman. Großes Orchester: Julius Meyer. Anfang wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags nachm. 4 1/2 Uhr. Kottbuser Damm 95. Fernspr.: Moritzpl. 14553.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Essigfabriken. Timmer-Essig. Überall erhältlich! Fleisch- u. Würstl. W. Beck. Inh.: Herm. Gerboch. Charlottenburg, Berlinstr. 68-69. Fleisch- u. Wurstwarenfabrik. Willy Gerboch, Petersburgerstr. 31. Otto Kogel, Alte Jacobstr. 26. Herren- u. Knabengard. Badstr. 24. Ecke Prinzen-Allee. Leske & Stupeck, Schick-1887. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr. Fabrich & Co. Eckhaus Linienstr. Kolonialwaren. Adam Schmitz, Schlegelstr. 11. Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Köhlmann, P. Müllerstr. 40b, E-Seest. Mehlmahlungen. Bethke, Georg, Mühlentstr. 44. Seckalla, Ulbricht, 185, Kaiser-Friedr. Str. 44. Wasserstr. 185, Friedrichstr. 22. Treptow, Grütze-Straße 81. Gaege, Otto. Charlottenburg. Wrangelstr. 75. Ecke Duvvstr. Nähmaschinen. Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Nähmaschinen. Singer Nähmaschinen. Läden in allen Stadtteilen.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anf. 7 1/2 U. Reichshallen-Garten u. Saal: Blüthen-Konzert. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Für Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch. 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Buchhandlung Dornstedt, Berlin.

Meierei C. Solle. A.-G. Berlin N.W. 21. Alt Moabit 93153 u. Altester und größter Milchverarbeiter — Grossbetrieb. Optiker, Mechaniker. Schubert, Carl, Nolln. Hergstr. 148. Schreihwaren. O. Prochnow, Mühl. Hermannstr. 49. Ehren u. Goldwaren. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40. Versicherungen. „Deutschland“ Berlin. Arbeiterversicherung — Schutzan-Sterbekassenversicherung. Straße 4. Spandau. Schaeferstr. 15, 15/16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Ersteilt 2 mal wöchentlich. August Holz. 18 Detail-Geschäfte. Brauerei Bötzw. Qualitätsbiere. Münchener Brauhaus. Berlin und Oranienburg. Trinkt Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Falldammstr. 97. Tel. Kpt. 2081, 2082. Drogen und Farben. Wender-Drogerie, Britz, Kolonnenstr. 64. Erscheint 2 mal wöchentlich. Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 18. Lachan, Gr. Lichterf., Chausseest. 44. Handagen, Hummel. R. Hauke, Stralauer Str. 26. H. Kraus, Kommissarstr. 23. A. E. Lange, Brunnstr. 165. Butter, Eier, Käse. Wilhelm Göbel. 25 eigene Filialen. Gebrüder Manns. 48 eigene Detailgeschäfte. Schröter, R. 43 Verkaufsstellen. Uhly & Wolfram. Cigarren, Cigaretten, Raufabake. Engros. F. Ernst Borch, Eisenstr. 21. Alkohol-Getränke. Franz Abraham. 431. Messing u. Röhrenwerk. 431. Pariserstr. 14. Fernspr. Kpt. 13790. Bade-Anstalten. Neukölln. Anzengruberstr. 25. Kopenstr. 23. Kottbuser. Damm 79. Reichen-Bad, Wiener Str. 65. Bäcker- u. Konditoreien. Oskar Hanke's Brothäck. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow. Reerndet 1892. F. Kiese-wetter, Schivelbeinstr. 11. G. Meyer, Grünbergstr. 27.

Kohlen, Fett und Arbeitskraft.

Von Th. Thomas.

Der die Hochliteratur voraussetzt, wie Kerze, Hygieniker, zum Teil auch Volkswirtschaftler zu der gegenwärtigen Ernährung und Kohlenkrise Stellung nehmen, der wird immer wieder an die Worte Wilhelm Büchs erinnert:

Gefegnet sind die Christen, ihnen Muß jedes Ding zum besten dienen.

Wir sehen, wie sich diese Wissenschaftler abquälen, aus der Not der Zeit immer noch Betrachtungen herauszupressen, die darauf abzielen, den heutigen Zustand als den natürlichen, die Friedensverhältnisse hingegen als höchst ungesund und unwirtschaftlich hinzustellen. Da wird die Vergrößerung der Mahlzeiten befürwortet, es seien früher zu viel Lebensmittel verschwendet worden, man müsse „festschmecken“ und anderes mehr. Schon machen sich Stimmen bemerkbar, die uns einflüstern, es habe auch bei den Kohlen nicht die richtige Sparfamkeit gewaltet, ein Übermaß von Wärme sei aus hygienischen Gründen nicht angebracht usw. Leider wird das kleine Körnlein Wahrheit, das in allen diesen Weltwichtigkeitsversuchen verborgen ist, aufgebauht und kritisch verallgemeinert. Gerade darin liegt ihr großer Nachteil. Es wird ganz übersehen, daß es den unteren Schichten schon vor dem Kriege kaum möglich war, des Lebens Rührung und Notdurft zu sichern. Die Tabellen der Ortskrankenkassen, Versicherungsanstalten und anderer Sozialinstitute über das Wohnungselend, die Berufskrankheiten, die Kindersterblichkeit und den Geburtenrückgang hat der Krieg nicht unleserlich gemacht. Sie beweisen mit unheimlicher Jähren, daß, soweit die Arbeiter in Frage kommen, diese auch im Frieden keinen Fett- und Kohlenüberschuß hatten, wobei wir an Fett im weitesten Sinne denken. In den Quartieren des kleinen Mannes drängte sich schon, ehe es eine Kriegskohlenkrise gab, alles in einen Raum zusammen, um darin ein klein wenig Wärme zu hamstern und Kohlen zu sparen. Die schöne Tugend, die heute allen gepredigt wird, übte also der Arbeiterhaushalt schon immer. Wohnungsnot, Kohlenpreise und wirtschaftliche Unfreiheit sorgten genügend dafür, daß der Heizstoff immer nur im Eimerchen geholt werden konnte.

Der Schluß ist deshalb berechtigt: Wenn in diesen Kreisen noch mehr eingespart werden muß, sind schwere gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden zu erwarten. Es steht außer Frage: Kohlen, Fett und Arbeitskraft sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Das Bild ist nicht neu, in dem der Mensch mit einer Maschine verglichen wird, bei der Fett und Kohlen die Ausgabe von Körperkräften durch Einnahme von Energie wieder auszugleichen. Je weniger man dem Körper durch Nahrung Eiweiß und Fettstoffe zuführt, um so mehr ist er für die Schwankungen der Temperatur empfindlich. So betrachtet, ist der Unterschied zwischen Kohle und Fett allerdings nur noch gering. Der schlecht genährte Körper kann einfach Erkältungen oder andern Einwirkungen keinen genügenden Widerstand entgegenlegen. Seht Euch nur in den Äyhlen, in den Wärmestuben um, betrachtet die Kinder der Volksschulen oder schlechtgenährte Außenarbeiter, wie sie vor Kälte kappern! Natürlich spielt auch die Bekleidung mit. So wird im nächsten Winter das schlechte Schuhwerk, der Mangel an Wolle, Stoffen aller Art von der anderen Seite helfen, der Lebensmaschine das Arbeiten zu erschweren.

Jedenfalls hat der Körper ein Mindestmaß von Wärme nötig, um seine Funktionen erfüllen zu können. Je weniger man ihm davon geben kann, um so mehr muß er vom eigenen Vorrat zehren. Dieser hat natürlich dort seine Grenzen, wo der eiserne Bestand angegriffen wird. Die Entkräftung folgt dann schnell auf dem Fuße, der Körper beginnt auf alle Krankheitskeime zu reagieren, es kommt schon in diesem Stadium zu ersten Gefahren. Wir erkennen sie, wenn wir leichter müde werden, das gewohnte Arbeitspensum nicht mehr oder nur schwer leisten können, vielleicht auch ganz zusammenklappen. Unsere Arbeitskraft findet keinen Rückhalt mehr, sie versiegt. Die Neubildung von Lebensenergie ist erschwert, wenn nicht unmöglich geworden. Schließlich kann der Körper auch das Wenige an Fett und Wärme nicht mehr ausnützen, damit ist die Arbeitsunfähigkeit gegeben.

Es ist jedenfalls nicht zu verantworten, wenn die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel und der Kohlen nicht auf das Existenzminimum Rücksicht nimmt. Das ist aber zu befechten, wenn in der ungenügenden Zuteilung wie bisher schon bei den Lebensmitteln, so jetzt auch bei den Kohlen die unteren Klassen besonders leiden. Wir sehen jetzt schon, es fehlen gerade die Kohlen, die für Kleinwohnungen unentbehrlich sind. Die Häuser mit Zentralheizung brauchen besonders den großen Koks, dieser ist leichter zu beschaffen als der Hausbrand. Die Natur scheint es auch hier wieder so eingerichtet zu haben, daß die am härtesten betroffenen, die den Heizstoff am nötigsten brauchen, die nichts aufzusparen haben, die außerdem wenig auf dem Leide tragen, also auch noch auf diese Weise Wärme verlieren. Nehmen wir hinzu, daß auch der Gasverbrauch um ein Fünftel eingeschränkt werden

muß in Familien, die schon bisher die Gasleitung schonten wie den Augapfel, so ist das Maß voll.

Was tun, spricht Hens. Dort wo die Natur Ertrag bietet in reichen Goldbeständen, sorgen vorhinstituliche Fortgesetzte dafür, daß diese Quellen zu wenig ausgenützt werden können. Hier müßte zunächst eingegriffen werden. In der Zusammenlegung großer Häuser, Villen usw. finden wir die ersten großen Ersparnisse an Kohlen. Das für den nächsten Winter Zentralheizungen für zwei, drei Leute in Betrieb gesetzt werden, die schon zum Anheizen eine Menge Koks verschlingen, ist nicht zu rechtfertigen. Weitere Ersparnisse würden durch Zusammenlegung von Hotels, Wirtschaften, Cafés und Pensionen erreicht. Es ist einfach unerhört, wenn im nächsten Winter ganze Strohkensätze für oft wenige Gähne bezahlt werden. Es liegt ja im Zug des Hilfsdienstgesetzes, Kräfte, die heute zur Bequemlichkeit einer dünnen Schicht dem Wirtschaftsleben entzogen werden, für den öffentlichen Dienst frei zu machen. Warum nicht auch reformieren im Interesse von Kohlen, Gas, Licht und Wärme? Von den Lebensmittelvorräten dieser Betriebe wollen wir gar nicht reden.

Größere Ausnutzung der Räume, die wie Schulen geheizt werden müssen, zu öffentlichen Zwecken. Man könnte Räume für Heimarbeiterrinnen, Kassenräume für Kinder am Tage, des Abends Unterkunftsräume für Schlafstellenbesitzer schaffen. Auch Theater können zusammengelegt, die im Betriebe bleiben, doppelt ausgenutzt werden. Dies könnte dadurch geschehen, daß man von 5-7 und 8-10 Uhr Vorstellungen gibt. In den Großstädten wohnen zahlreiche Leute, die genau so um 5 wie um 7 ins Theater gehen können, dafür könnte man in den Abendvorstellungen die Arbeiter noch mehr begünstigen, die durch eine Arbeitszeitreform dazu Gelegenheit bekämen. In vielen Städten könnte auch ein Teil der großen Justizpaläste, in denen trotz der Papiernot leider immer noch unnützlich viel geschrieben wird, zu Heimarbeiterräumen eingerichtet werden.

Auf der anderen Seite muß der Mangel an Fett und Kohle durch eine Reform der Arbeitszeit ausgeglichen werden. Die Arbeitskraft muß sehr gelohnt, die Arbeitszeit umgeändert werden. In allen Betrieben sollten jetzt bei gleichem Lohn die doppelten Schichten eingeführt werden; es wäre von 6 bis 2 und von 2-10 zu arbeiten. In diesen achtstündigen Schichten wird nicht weniger geleistet werden, wie bisher in etwa zehn, aber es würde an Wärme und Arbeitskraft gespart und die Räume besser ausgenutzt. Dem könnten sich auch die Warenhäuser und die übrigen Geschäfte im Interesse der Sparfamkeit anpassen.

Gewiß, es bedeutet das alles einen Eingriff in das normale Leben, aber fragt man den Arbeiter, ob er sich unter gewissen Bedingungen des Hilfsdienstgesetzes wohl fühlt? oder den Feldbauern, wenn er Heim und Herd, Geschäft und Verdienst hinopfern muß? Unsere Vorschläge reichen nicht entfernt an das heran, was der Krieg sonst an Umsturz bringt, nur wird hier etwas erhalten, während sonst der Krieg vernichtet. „Schützt die Millionen kleiner Haushalte, schützt die Arbeitskraft,“ muß das Stichwort der nächsten Zeit sein, ihm haben sich alle unterzuordnen, die an der Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft mitarbeiten.

Faraday.

Zu seinem 50. Todestage, 25. August.

Kein Geringerer als Werner v. Siemens hat Faraday als den „genialsten und erfindungsreichsten Physiker aller Zeiten“ bezeichnet. Mit Recht: bilden doch Faradays erkannte Entdeckungen die Grundlage für die Theorie der Elektrizität. Faraday ist der Entdecker der magnet-elektrischen Induktion und des Extrastromes; er hat mit der Vorstellung der elektrischen Fernwirkung gebrochen und den Begriff des elektrischen Kraftfeldes geschaffen; von ihm stammt das Gesetz der elektrochemischen Äquivalente; die Magnetisation des Lichtes gehört zu seinen großen Entdeckungen, der Diamagnetismus ist von ihm aufgefunden worden. Zudem war er einer der größten Chemiker seiner Zeit. Faraday war nicht nur einer der genialsten und erfolgreichsten Forscher, sondern auch einer der merkwürdigsten Gelehrten. Man weiß nicht, was man an ihm mehr bewundern soll: die jähre Beharrlichkeit, mit der er sich den Weg vom Buchbinderlehrling zur Wissenschaft bahnte, deren Härte er werden sollte, die gewaltige Arbeitskraft, mit der er ein schwieriges Problem nach dem andern in Angriff nahm und löste, oder die leidenschaftliche Begeisterung für die Wissenschaft, die ihn auf Geld und Gut vergaß und als armen Forscher im Laboratorium bleiben ließ.

Faraday, der am 22. September 1791 als Sohn eines Grobschmiedes geboren wurde, besuchte die Gemeindeschule seiner Vaterstadt Newington Butts, auf der er nur die dürftigsten Kenntnisse erwarb; sein unlohnendes Wissen hat er sich selbst erworben, wobei freilich Läden blieben, bis heute bei einem Physiker undenkbar wären; so hatte er es im Rechnen über die einfache Regel der drei hinausgebracht, und von Mathematik, die heute unerlässliches Handwerkszeug des Physikers ist, wußte er gar nichts! Er kam nach dem Verlassen der Schule zu einem Buchbinder in die Lehre und

blieb ein Jahrzehnt bei diesem Berufe. Die Buchbinderlei brachte ihn in Fühlung mit der Wissenschaft; durch das Lesen des Artikels „Elektrizität“ in einem Lexikon, das er einzubinden hatte, wurde seine Aufmerksamkeit auf die Wissenschaft gelenkt, und er sahte den Plan, dem Handwerk zu entsagen — (so drückt er sich aus), das er für lasterhaft und eigenartig hielt, und in den Dienst der Wissenschaft einzutreten, von der er annahm, daß sie ihre Jünger liebenswürdig und freudig mache“. Er hatte das große Glück, daß der bedeutende Chemiker Sir Humphry Davy, an den er sich wandte, ihm eine Stellung als Laboratoriumsdiener am Kgl. Institut einräumte; so hatte er Gelegenheit, wissenschaftlich zu arbeiten. Er machte nun auf eigene Faust Versuche und hatte dabei außerordentlichen Erfolg, er konnte seine Ergebnisse in Form von Vorträgen veröffentlichen, und bald hatte er sich als Wissenschaftler durchgesetzt; das Institut nahm ihn auf und im Jahre 1824 wurde er als Mitglied der Kgl. Gesellschaft aufgenommen. Binnen kurzem war er als größter und erfolgreichster Forscher in der ganzen englischen Wissenschaft anerkannt, und von allenthalben wurden ihm Auszeichnungen zuteil. Daraus machte er sich freilich gar nichts, sondern ihm war am wohlsten, wenn er seinen Untersuchungen leben konnte. Stieg ihm irgendwo eine physikalische oder chemische Frage auf, so schrieb er sie auf einen Zettel und überdachte die Versuche, die er zu ihrer Klärung anstellen mußte; solche Zettel hatte er viele Tausende, sie wurden in der Reihenfolge, in die er sie legte, erliegt, und so hat er im Laufe seines Lebens an die 16 000 Experimentaluntersuchungen beendet und veröffentlicht. Der Grundzug, dem er dabei huldigte, war: arbeite, beende und veröffentliche, und auf Versuche, die durch den Schwarm geleitet werden mußten, hielt er außerordentlich viel. Für jede neue Versuchreihe entwarf er erst die nötigen Hilfsmittel; er ließ sie nach eigenen Zeichnungen ausführen, und dann machte er sich an die Arbeit. Von seinen Schülern ließ er sich dabei nicht helfen; aus Berichten anderer konnte er kein vollkommenes Bild erlangen, er mußte alles mit eigenen Augen sehen, und so steht in all seinen Veröffentlichungen nur eigene Arbeit.

Als er sich durch seine Entdeckungen — namentlich die der Magnetelektrizität — einen Namen von Welttruf gemacht hatte, stand er vor der Frage, ob er der Wissenschaft treu bleiben oder eine hochbegahlte Stellung übernehmen solle. Es fehlte nicht an Angeboten, durch deren Annahme er Millionär geworden wäre. Allein er blieb bei seiner Wissenschaft. Jahrzehntelang beliefen sich seine Einnahmen im Jahre auf 200, 400 oder 600 £., vom Jahre 1845 an bis zu seinem Tode betrug sein jährliches Geschäftseinkommen nach Lyndall annähernd Ruß. Er starb als armer Mann . . .

Vergebliches Einkochen!

Im Schweiß ihres Angesichts erobert die Hausfrau heute Obst und Gemüse, um sie durch das beliebte Einwecken für kommende Zeiten aufzuparen. Alle Regeln der Kunst, die größte Sorgfalt werden angewandt, mit Stolz Glas an Glas gereicht. Einige Monate darauf statt des erhofften Gemüses die bittere Enttäuschung: die Rohungsmittel sind verborben, viel Geld ist umsonst geopfert, viel Kohle nutzlos in Rauch verwandelt. Schuld an alledem ist der Gummiring, der als Dichtungsverschluss benutzt wird. Einst im Frieden war er gut, rot leuchtend tat er seinen Dienst, im Kriege aber mußten solche Ringe, da die Gummivorräte für kriegswichtige Zwecke gebraucht werden, aus der schlechtesten Sorte Kautschum hergestellt werden. Was schon einmal als Gummischuh oder Wasser Schlauch invalide geworden, sollte nun Rohungsmittel vor Verderben bewahren. Das leuchtende Rot hat sich in das Schwarze der Trauer verwandelt. Rest ist diese Sorte auch anrüchlich, das Erhitzen in Wasserdampf verträgt dieser Ring nicht, er hält nicht dicht und gestaltet so den zerlegenden Keimen den Zutritt, die meist unbemerkt oder zu spät entdeckt ihr Vernichtungswerk vollenden. Nun hat aber, man möchte sagen glücklicherweise, infolge Rohstoffmangels auch diese schlechten Ringe nicht mehr in den verlangten Mengen herstellbar. Gute Ringe gibt es schon lange nicht mehr. Das Einwecken wird in der jetzigen Zeit dadurch zum Selbstbetrug, denn ein brauchbarer Ersatz für den Gummiring ist bislang nicht gefunden worden.

Wer also schon mit Hilfe von Eisdringern eingelockt hat, muß seine Gläser ständig auf die Dichtigkeit ihres Verschlusses prüfen und diejenigen ausschalten, die sich gelockert haben. Die einsichtige Hausfrau aber wird statt des Einweckens andere Erhaltungsverfahren, die noch dazu den Vorzug haben, nicht besondere Feuerung zu verbrauchen, benutzen, so das Trocknen, Dörren, Einlagern oder Einfrieren. Wer's nicht kann, muß es lernen. So und nur so bleiben kostbare Rohungsmittel erhalten und obendrein werden Gammi und Brennstoffe wichtigeren Zwecken dienstbar gemacht.

Notizen.

Theaterchronik. Das Kgl. Schauspielhaus eröffnet die Winterspielzeit am 28. August mit Goethes „Stella und Prometheus“. — Im Theater a. d. Königgräfer Straße ist die erste Aufführung Sudermanns „Rabensteg“.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Bei Tisch redete Kristin Faurholt häufig und freundlich mit Anders. Aber über ebenso gleichgültige Dinge wie am Nachmittage. Bald nachdem man sich vom Tisch erhoben hatte, sagte Faurholt: „Ja, Anders Hjarmsted, ich hab den Hardskadunkten kommen lassen, weil wir ja über diese Pajmoor-Geschichte zusammen reden müssen; und da hab ich gemeint, wir könnten vielleicht schneller zu einem Resultat kommen, wenn wir unser Gespräch in Anwesenheit der Obrigkeit führten. Nun will ich vorschlagen, daß wir drei ins Kontor gehen, — dann können wir besser — — Der Proprietär fuhr fort, als sie drinnen waren: „Hören Sie mal, lieber Anders Hjarmsted, das wird ja etwas ganz Tolles damit, daß Sie so Ihre Kinder in meine Herste gefest haben. Das ist verkehrt und kann niemals richtig werden, wie es nun auch später mit der Sache gehen mag.“

„Ach, richtig ist es wohl,“ sagte Anders. „Die Herste ist ja nicht die Ihre. Kann deswegen geklagt werden, so kann ebenso gut gegen mich geklagt werden, weil ich meine Kinder oben in mein eigenes Akefeld setze.“

„Morgen vormittag wird ein rechtmäßiges Verbot gegen Ihr eigenmächtiges Vorgehen erlassen werden,“ sagte der Adjunkt. — Anders hatte ihm halb den Rücken zugekehrt, „und wenn Sie diesem Verbot nicht nachkommen, werden Sie täglichen Geldstrafen verfallen, die in kurzer Zeit bis zu mehreren Hunderten von Reichstälern steigen können.“

Anders sprach nur zu Proprietär Faurholt: „Sie haben nicht mehr Recht im Pajmoor zu pflügen, als Sie es haben im Garten des Bjerrehofs zu pflügen! — Hier können Sie sehen; ich habe meine Parzellierungskarte mit, hier steht es: das Pajmoor ist gemeinsames Eigentum aller seiner Anteilhaber, und es kann keiner von diesen sich einzelne Teile davon aneignen; daß doch niemand in anderer Leute Torfgrube gräbt.“

„Ja, da sehen Sie's! Aber dann hat wohl auch niemand die Erlaubnis, in anderer Leute Herste zu weiden, lieber Anders.“

„Dabon steht nichts da.“
„Sie können Herrn Proprietär Faurholt gerichtlich belangen sowohl wegen des Verbotes, wie auch der Moorbepflügung wegen. Aber so lange, bis das Urteil vorliegt, haben Sie sich nach dem Verbote zu richten,“ sagte der Adjunkt.

„Dann darf Faurholt auch seine Herste nicht nach Hause fahren, bis es entschieden ist,“ rief Anders.

„Doch, das steht ihm frei!“

Wie hatte sein Vater darin doch recht, dachte Anders, daß die Welt ein Misthausen von Lüge und Unrecht sei!

„Aber es wäre ja viel einfacher,“ sagte Faurholt, „wenn Sie gutwillig Ihre Kinder aus der Herste wegnähmen; dann sparten wir sowohl das Verbotsgeschäft, und Sie sparten die Klage gegen mich. Und obendrein könnten wir weiter Freunde sein. Es gibt gewiß noch mehr Leute als gerade mich, die das wünschen.“

„Nein, das will ich nicht.“
„Ja, sehen Sie, dann brauchen wir uns nicht länger zu unterhalten; dann wollen Sie ja Krieg, und dann sollen Sie ihn auch haben!“

Man erhob sich. Der Adjunkt beugte sich vor, um die Zigarrenasche an der Ofenplatte abzustreichen und stieß bei dieser Bewegung mit seinen edigen Schultern ziemlich hart an Anders, — ohne sich zu entschuldigen. Und da Anders in diesem Augenblick nur einer einzigen Sache mächtig war: ihn niederzuschlagen, ihn totzuschlagen, — so mußte er dazu schweigen.

Wäre Bloß Gjatrid nicht gewesen! — aber jetzt konnte er nicht gleich nach Hause gehn. — Die beiden andern begaben sich in die Wohntube. Er blieb einen Augenblick im Hausflur draußen stehen. Kurz darauf ging er in den Hof hinaus und machte sich hinter dem Südgiebel zu schaffen, wo man von den Fenstern aus nicht gesehen werden konnte. Hier fand ihn Niels.

„Ich hab nicht gewußt, wo Du bliebst. Da wollte ich Dich draußen suchen, obwohl ich nicht glaube, daß Vater es gerne sah.“

„Ja, wenn ihr Euch danach richten wollt, was Eure Eltern gern oder nicht gern sehen, — so bekomme ich Gjatrid nicht und Du bekommst Kirstine nicht.“

„Ach, wenn ich nur Kirstinens selber ganz sicher wäre,“ sagte Niels, „dann —“

„Norgen kommt die Obrigkeit auf den Bjerrehof und will mir verbieten, Deinen Vater an seinen Gauerstreichen zu hindern.“

Niels stand da und sah sehr nachdenklich aus, sagte aber nichts. —

In diesem Augenblick hörten sie die schnarrende Stimme des Adjunkten drüben vom Hause her, und unmittelbar darauf kamen er, Gjatrid und Kirstine um die Ecke des Giebels zum Vorschein.

„Nein, wir wollen sehen, daß wir das Boot durch den Kanal in den Bach hinausbekommen, — es muß ja nach dem Regen viel Wasser drin sein,“ sagte der Adjunkt — wahrscheinlich zu Gjatrid.

Beinahe zugleich stand Kirstine vor Anders und sagte hurtig und flüsternd: „Sollen wir nicht heimgehen, Anders, sollen wir nicht heimgehen?“ Er will uns zum Segeln mit-hinaus haben.“

Der Adjunkt und Gjatrid waren bereits an dem Teich, wo das Boot lag. Anders sah die zwei da draußen segeln — und sah selber und Kirstine weit weg den Wiesenweg zum Bjerrehof gehen, — ohne helfen zu können, ohne zu wissen, was das bedeutete, — was daraus wurde.

Er hätte schreien können, — sagte jedoch ruhig und mürrisch: „Du kannst doch wohl gehn und mit dem Adjunkten segeln. Er tut Euch wohl nichts.“

Sie blieb stehen.

„Geh jetzt, Kirstine! — sonst kommst Du nicht mehr mit!“

Sie konnte an der Stimme ihres Bruders hören, daß er es wirklich wünschte und lief zum Boote hinab, das der Adjunkt soeben schon ins Wasser schieben wollte. —

„Ruh denn auch Gjatrid es tun?“

